Alhambra

Zeitung & Programm Juli/August 2014

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/ Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
12. August 2014

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

1.mai
Gegen Ausbeutung, Konkurrenz, und Unterdrückung 7
Was ist nochmal diese Care und was hat das mit Reproduktionsarbeit zu tun? 8
Redebeitrag der ALSO 11

antifaschismus
›Euro-Maidan‹ – das laute Schweigen des Antifaschismus 14
Gegen die Ignoranz gegenüber dem rechten Terror in der Ukraine 29

internationalismus
Kalter Putsch der Gelbhemden 32
Update zu „Kalter Putsch der Gelbhemden" 36

ankündigungen 37

Editorial

Liebe Leser_innen,

siebzig Jahre ist es mittlerweile her, dass die Alliierten mit der Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 die Wende in der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus einleiteten. Wir wollen uns gar nicht vorstellen, wie Europa heute aussehen würde, wenn es nicht zu dieser Intervention gekommen wäre. An dieser Stelle unser aufrichtiges Danke an all die Soldaten und Partisan_innen, die ihr Leben gaben oder es riskiert haben, um Europa und die Welt vom deutschen Faschismus zu befreien.

Leider haben wir in diesem Zusammenhang als kleine aber feine linke Zeitung herzlichst wenig Einfluss auf die offizielle Gedenkveranstaltung in Frankreich gehabt. Somit bleibt uns, wie so oft, nur die Möglichkeit nachträglich über das Geschehene abzukotzen. Es ist wahrhaft widerlich mit anzusehen, wie Deutschland es anscheinend geschafft hat, seine „Aufarbeitungsweltmeister"-Ideologie auch international salonfähig zu machen, um als geläuterte Nation wieder hegemoniale Ansprüche erheben zu können. Den notwendigen „Beweis" dafür lieferte die wunderbar in Szene gesetzte brüderliche Umarmung eines französischen und eines deutschen Veteranen, die sich vor siebzig Jahren in der Normandie gegenüberstanden und mittlerweile Freunde sind. Dass diese zwei ehemaligen Soldaten miteinander befreundet sind, wollen und werden wir ihnen hier nicht absprechen. Wenn die brüderliche Umarmung jedoch dazu dienen soll, Deutschland als geläuterte Nation zu inszenieren, dann können wir nur kotzen, vor allem wenn die Bundesregierung zeitgleich ihr bestes tut, dem faschistischen Putsch in der Ukraine Rückendeckung zu geben wenn nicht gar aktiv zu unterstützen. Bereits in der letzten Ausgabe sind wir mit dem Text „Krims Märchen" näher auf die Rolle Deutschlands in der Ukraine eingegangen. Seitdem ist in der Ukraine ziemlich viel passiert. In der (deutschen) radikalen Linken hingegen ist in Bezug auf die Ukraine herzlich wenig passiert. Vielmehr hat sich ein beharrliches Schweigen breit gemacht. Auch wir haben es uns, abgesehen von den Publikationen, in unserem Schweigen oder unseren Kneipendiskussionen gemütlich eingerichtet. Für uns stellt sich an dieser Stelle die Frage: woher kommt dieses Schweigen?

Ist das Schweigen nur Ausdruck des Scheiterns der radikalen Linken in Deutschland, die nicht in der Lage zu sein scheint auf internationale Konflikte einzugehen, die sie nicht selbst betreffen? Handelt es sich hierbei vielleicht auch nur um eine logische Konsequenz einer sinn- und identitätsstiftenden, subkulturell verorteten Politik, die sich vor allem durch einen möglichst radikalen Widerstandshabitus auszeichnet und sich gleichzeitig in erster Linie selbst bedient? Wie kann es sein, dass – während bei uns die Vorfreude auf die vielen abzubrechenden Autofähnchen während der Männerfußball-WM euphorische Erregung auslöste – in Odessa 42 Menschen von FaschistInnen verbrannt wurden und es kaum linksradikale Reaktionen drauf gab? Und auch wenn wir das Zerstören von Deutschlandfahnen eigentlich immer für eine gute, notwendige und lobenswerte Idee halten, so bleibt dennoch ein bitterer Nachgeschmack, wenn dies zum identitätsstiftenden Moment der radikalen Linken in Deutschland wird, während sich zu einem – keine zweitausend Kilometer entfernten – faschistischen Pogrom kaum eine Stimme der Kritik oder gar Solidarität mit den Betroffenen erhebt. Da auch wir keine Ahnung haben, warum wir es nicht hinbekommen eine klare Kritik zu formulieren und diese bspw. auf die Straße tragen, um so zumindest in Deutschland in die Debatte zu intervenieren, haben wir in dieser Ausgabe zwei Artikel zum (Nicht-)Verhalten der deutschen radikalen Linken abgedruckt. Wir halten die beiden Texte dahingehend für sinnvoll, als dass sie eine Reflexionsbasis bilden können und einige unserer Meinung nach wichtige Fragen stellen. Vielleicht kann dies auch ein Einstieg in eine kritische Auseinandersetzung sein – wir freuen uns auf jedenfall über Einreichungen. An dieser Stelle wollen wir jedoch einige Sätze zu dem Text „Euro-Maidan – das laute Schweigen des Antifaschismus" loswerden. Generell finden wir die Fragen, die der Artikel aufwirft, gut und notwendig, um die Debatte weiter zu bringen. Leider lassen einige Erklärungsmuster der Autoren jedoch ziemlich zu wünschen übrig, z.B. wenn sie schreiben, Politiker_innen seien nichts weiteres als „Marionetten" der Industrie. Das halten wir nicht einfach nur für etwas veraltet, sondern schlichtweg für verkürzt und falsch. Ein weiterer großer Kritikpunkt ist, dass der Text an einigen Stellen mit seiner „die da oben"-Rhetorik ziemlich vage bleibt und somit anknüpfungsfähig für Verschwörungstheorien wird. Außerdem weisen wir darauf hin, dass insgesamt vier Seiten mit Fußnoten und Quellen fehlen, nachzulesen auf wolfwetzel.wordpress.com. Wir mussten sie leider aus Platzgrün-

den rauskürzen, obwohl sie manchmal weiterführende Erklärungen sowie Belege beinhalteten.

Generell scheinen Verschwörungstheorien gerade in Deutschland wieder ziemlich en vogue zu sein. Mit den sogenannten Montagsdemos hat sich bundesweit ein Geflecht aus naiven Friedensaktivist_innen, Esoteriker_innen, Verschwörungstheoretiker_innen und Antisemit_innen zusammengetan, um Woche für Woche für einen nicht näher definierbaren Frieden zu demonstrieren. Leider finden diese Montagsdemos seit dem 19. Mai auch in Oldenburg statt. Für die radikale Linke stellt sich hier nun die Frage, wie mit diesen Leuten umzugehen ist. Auf der einen Seite sind da die offenen Antisemit_innen, bei denen relativ klar sein sollte, dass mensch ihnen getrost auf's Maul hauen kann und mit Sicherheit nicht die Falschen trifft. Auf der anderen Seite stehen da jedoch eine Masse an naiven Friedensaktivist_innen, die zwar sicherlich zum Teil verrückte und vielleicht auch gefährliche Positionen vertreten, unserer Einschätzung nach aber wirklich nichts und niemanden etwas böses wollen. Auch wenn wir nicht so genau wissen, wie wir mit diesen Leuten umgehen sollen, scheint sich das Problem zumindest in Oldenburg langsam aber sicher von alleine zu lösen. Mehr Infos und Kritik zu den Protesten in Oldenburg findet ihr unter dem neuen Blog: beuteltigerherzrasen.blogsport.de.

Am 25. Mai hat sich der Plenarsaal des Europaparlaments um seine eigene Achse gedreht, und zwar nach rechts. In vielen EU-Ländern haben rechtspopulistische und (neo-)faschistische Parteien deutlich zugelegt – ein Problem, das sich leider nicht von alleine lösen wird. In Frankreich, Dänemark und England beispielsweise kamen rechtsradikale und rechtspopulistische Parteien auf über 20%. In Deutschland kam die AfD aus dem Stand auf 7%.

Inzwischen wurde ein Fraktions-Block aus britischer UKIP, der rechts-diffusen italienischen Grillo-Partei und weiteren rechtspopulistischen Parteien aus Skandinavien und dem Baltikum gegründet. Dem Front National und der niederländischen Wilders-Partei PVV gehen zumindest etwa 3 Millionen Euro durch die Lappen, da sie es nicht schafften, eine Fraktion nach Maßstäben des EU-Parlaments auf die Reihe zu kriegen und somit keine Förderung bekommen. Wilders grenzte sich dabei von der offen antisemitischen polnischen KNP ab und steht quasi als „linker Genosse" da. Mit dieser (relativen) Betrachtung des europäischen Rechtspopulismus liegt mensch nur ziemlich daneben. Auch wenn die AfD beispielsweise „nur" auf 7% kam und viele der EU-skeptischen Parteien nicht ansatzweise „regierungsfähig" sind, so beeinflussen sie das politische Klima doch drastisch. Denn offenbar führt die Angst davor, dass die Nation als Wirtschaftsstandort gefährdet sei, zunehmend zu chauvinistischen Ressentiments und Abgrenzung gegenüber der vermeintlichen Gefahr von außen, den „Krisenländern". Hierbei sei erwähnt, dass die RechtspopulistInnen hautpsächlich in EU-Ländern zugelegt haben, die verhältnismäßig wenig unter den Folgen der Krise zu leiden haben. Im von der Krise gebeutelten Griechenland legte beispielsweise der linke Parteienverbund SYRIZA deutlich zu. Auch in Spanien und Italien wählten mehr Menschen linke Parteien(-bündnisse).

Selbst wenn die AfD noch nicht in regierenden Fraktionen sitzt, ist die Normalisierung einer solchen Partei und ihrer Ansichten allein ziemlich grässlich. Hinzu kommt, dass sich die großen Parteien wie die CDU/CSU oder gar SPD in aktuellen Debatten weiter nach rechts bewegen müssen, um sich nicht ihre Wähler_innen vom eigenen rechten Rand abschwatzen zu lassen.

Es ist offensichtlich, wie wichtig es ist, auch Parteien wie die AfD ernst zu nehmen, sich gegen sie zu positionieren und ihnen in Zukunft ihren Wahlkampf ein bisschen deutlicher zu vermiesen, als zur Europawahl.

Da wir euch nicht nur mit schlechten Botschaften in den Sommer schicken wollen freut es uns sehr euch mitteilen zu können, dass Pit Scherzl, Vorsitzender der Interessenvertretung Inhaftierter, am 17. Juni aus dem Knast entlassen wurde. Pit war 2002 wegen dreier Banküberfälle zu zwölfeinhalb Jahren Haft verurteilt worden. Seit 2011 wurden mehrere seiner Anträge, die Reststrafe zur Bewährung auszusetzen, mit der Begründung abgelehnt, sein „Klage- und Beschwerungsmanagement" könne zu Rückfällen führen. Pit hat sich davon nicht beeindrucken lassen und sich weiterhin unermüdlich gegen die kleinen und großen Schikanen des Knastalltags zur Wehr gesetzt und andere Gefangene unterstützt. Auf der Homepage der Interessenvertretung Inhaftierter (www.ivi-info.de) sind etliche dieser Auseinandersetzungen zusammengetragen. Pit, wir wünschen Dir ein gutes Ankommen hier „draußen"!

Euch allen wünschen wir viel Spaß beim Lesen und einen kämpferischen Sommer.

Eure Alhambra-Redaktion

Polizeigewalt gegen „Lampedusa in Hamburg“

Hamburg Am 5. Juni kam es in der Hamburger Innenstadt zu massiver Polizeigewalt gegen Protestierende der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“. Diese hatten, aus Protest gegen die Politik des Hamburger Senats, eine symbolische Sitzblockade vor dem Hamburger Rathaus durchgeführt. Die rund 70 Demonstrierenden wollten mit dieser Aktion die Gruppenlösung nach §23 (Aufenthalt aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen) vorantreiben, dem sich der Hamburger Senat jedoch weiterhin verweigert und statt dessen weiter auf die Vereinzelung der Demonstrierenden pocht. Kürzlich ist bekannt geworden, dass dem ersten Mitglied der Gruppe die Abschiebung droht, trotz der politischen Zusage, während der Verfahren keine Abschiebungen vorzunehmen.

Mit der Begründung, die Demonstration würde innerhalb der Bannmeile (Demonstrationsverbot) stattfinden, wurde die Sitzblockade durch Polizeikräfte gewaltsam geräumt. Dabei kam es zu massiven Übergriffen durch die Polizei. Menschen die am Boden saßen wurden geschlagen und getreten, Pfefferspray und Schlagstöcke wurden gegen bereits gefesselte und fixierte Demonstrierende eingesetzt. Auf einen Demonstrierenden wurde bis zu Bewusstlosigkeit eingeschlagen. Insgesamt gab es mehrere Ingewahrsamnahmen und Verletzte. Die Gewaltorgie soll dabei soweit gegangen sein, dass Augenzeug_innenberichten zufolge sogar einige Polizisten gegen das Vorgehen ihrer Kollegen protestiert haben.

bıjî rojava

Oldenburg An die hundert Leute demonstrierten am 30. Mai auf dem Pferdemarkt gegen den Terror der vom Westen und mehreren arabischen Staaten unterstützten Al-Qaida-Gruppierung ISIL (Islamischer Staat im Irak und der Levante) in den kurdischen Gebieten Westsyriens, auch Rojava genannt. Gleichzeitig bekundeten sie ihre Solidarität mit den in den letzten Jahren entstandenen Selbstverwaltungsstrukturen in Rojava, welche durch die der PKK-nahestehenden »Partiya Yekitîya Demokrat« (Partei der Demokratischen Union/PYD) und ihren bewaffneten Arm, die »Yekîneyên Parastina Gel« (Volksverteidigungseinheiten/YPG) ermöglicht und gegen die Angriffe der IslamistInnen verteidigt werden.

[regentied]

Gedenkdemonstration für Clément Meric

Paris Am Wochenende um den 5. Juni fand in Paris ein Aktionswochenende in Gedenken an den vor einem Jahr getöteten Antifaschisten Clément Meric statt. Dieser wurde am 5. Juni 2013 in der Pariser Innenstadt von FaschistInnen ermordet. Zu diesem Anlass fand am 7. Juni 2014 in Paris in eine antifaschistische Großdemonstration in Gedenken an Clément statt. An der Demonstration beteiligten sich rund 8000 Menschen aus verschiedensten politischen Spektren und Städten Frankreichs sowie dem Ausland. Zudem fand an dem Wochenende ein zweitägiges Musikfestival in Gedenken an Clément statt. Es bleibt dabei: Ni oublie, ni pardon!

Räumung des Stadtteilzentrums Can Vies

Barcelona Am 26. Mai wurde das seit 17 Jahren besetzte Stadteilzentrum Can Vies in Barcelona geräumt. Das von mehr als 50 Organisationen, Kulturgruppen und Mediengruppen genutzte Gebäude wurde direkt abgerissen. Die Unterstützer_innen lieferten sich daraufhin vier Nächte Straßenschlachten mit der Polizei. Mit großer Unterstützung der Stadtteilbevölkerung – entweder durch Teilnahme an der Demonstration oder durch Unterstützungsgesten von den Balkonen – wurden mehrere Demonstrationen mit bis zu 20000 Menschen durchgeführt. Auch in sechs anderen spanischen Städten kam es zu Solidaritätsaktionen.

Die breite Unterstützung der Besetzer_innen lässt sich auch durch die vielen Zwangsräumungen (2013 waren es etwa 184 pro Tag) erklären, die nach inzwischen sechs Jahren Kürzungs- und Sparprogrammen viele Leute akut bedrohen. Der Betriebsrat der städtischen Verkehrsbetriebe, denen das Gebäude gehörte, bekundete seine Solidarität und rief zur Unterstützung auf.

Inzwischen ist auch der konservative Bürgermeister Barcelonas, der die Räumung

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

aus „Sicherheitsgründen“ angeordnet hatte, zurückgerudert und bot Verhandlungen zur Suche eines Ersatzhauses an.

Öffentliches Hearing zur Tötung von Laye Condé

Bremen Am 14.6. fand auf dem Bremer Marktplatz das Öffentliche Hearing »Wer war beteiligt an der Tötung von Laye Condé? Untersuchungen zur Rolle von Politik, Justiz, Polizei und Medizin – Von der Brechmittelfolter zum Racial Profiling« statt. Über den ganzen Tag hinweg fanden sich 200 Leute zusammen, um auf Einladung der Initiative in Gedenken an Laye-Alama Condé einen Blick zurück zu werfen auf die Bremer Zeit der Brechmittelfolter zwischen 1991 und 2004 und zu einer Einschätzung zu kommen, was eine politisch-gesellschaftliche Aufarbeitung bedeuten könnte.

Auf dem Hearing kamen viele derer, die in ihren Wirkungskreisen versucht hatte, die Brechmittelpraxis abzuschaffen oder zu einer Verurteilung dieser Praxis zu kommen – und dabei gescheitert waren – in längeren Redebeiträgen zu Wort. So kamen kritische Stimmen aus der Justiz, Politik, von antirassistischen Initiativen und Einzelpersonen, der Initiative in Gedenken an Laye-Alama Condé sowie direkt Betroffene zum Thema der menschenverachtenden Brechmittelpraxis zu Wort.

Die Initiative in Gedenken an Laye-Alama Condé fordert als Bausteine von Aufarbeitung und Verantwortungsübernahme zum einen ein Denkmal, das an Laye Condé erinnern, aber sich auch allgemein gegen rassistische Polizeigewalt wenden soll. Zum anderen fordert sie Entschädigungen für die Angehörigen Condés sowie alle von der Brechmittelfolter Betroffenen. Im Falle Laye Condés spricht sich die Initiative als eine Form sichtbarer Kompensation auch für ein Aufenthaltsrecht für einen Angehörigen Laye Condés aus.

Blockupy: „May of Solidarity“

Überall Der gesamte Mai stand dieses Jahr erneut im Zeichen der Krise. Im europaweit organisierten Bündnis Blockupy fanden, kurz vor den Europawahlen, verschiedenste Aktionen statt, von einzelnen Demonstrationen bis hin zu ganzen Aktionswochen, wie beispielsweise in Bremen. Den Höhepunkt des „May of Solidarity“ bildete in Deutschland der internationale Protesttag eine Woche vor den Europawahlen am 17. Mai. An diesen Tag gingen alleine in Deutschland bei den vier regionalen Großdemos in Hamburg, Berlin, Düsseldorf und Stuttgart über zehntausend Menschen auf die Straßen, ganz zu schweigen von den tausenden Protestierenden in Polen, Italien, Frankreich, Belgien, Spanien, Österreich, Griechenland und Portugal. Thematisch orientierten sich die Proteste vor allem an der europäische Austeritätspolitik, institutionellem Rassismus und dem Grenzschutzregieme, den Aufschwung nationalistischer Kräfte in Europa, der Privatisierung von Gemeingütern, Ausbeutung, prekären Arbeitsbedingungen und neoliberaler Expansion.

Neues Protestcamp von Geflüchteten

Hannover Die Geflüchtetenproteste haben nun auch die niedersächsische Landeshauptstadt erreicht. Ende Mai hatten Geflüchtete auf dem Weißekreuzplatz nahe des Hauptbahnhofes ein Camp errichtet, um ihren Widerstand gegen die rassistische Asylpolitik und die Lebensbedingungen von Geflüchteten in der Bundesrepublik in die Öffentlichkeit zu tragen. Wenige Tage nach der Errichtung des Camps rückte die Polizei an und baute 12 der 18 Zelte wieder ab.

Sowohl die Lokal- und die Landesregierung geben sich gesprächsbereit, Politker_innen wiesen jedoch immer wieder die Verantwortlichkeit von sich. So könne eine grundsätzliche Entscheidung, die über eine Einzelfallprüfung hinausgehe, nicht in Hannover getroffen werden. Der Ordnungsdezernent Hansmann (SPD) ruht sich auf der Forderung der Geflüchteten nach einer Abschaffung der rassistischen Asylgesetzgebung aus und verwies die Verantwortung nach Berlin und Brüssel. Dass die Geflüchteten sich zudem auf den Artikel 16a des Grundgesetzes („Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“) beziehen und die Landesregierung sehr wohl die Handhabe besitzt, als einen ersten Schritt den Protestierenden Asyl zu gewähren, verschweigt er geflissentlich.

Stattdessen wurde ein Geflüchteter am 12. Juni nach zweiwöchiger Haft im Abschiebeknast Langenhagen auf Grundlage der Dublin-II-Verordnung nach Italien

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

abgeschoben. Daraufhin traten knapp 30 Protestierende in einen 48-stündigen Hungerstreik und kündigten einen unbefristeten trockenen Hungerstreik an, falls weitere Aktivist_innen des Protestcamps abgeschoben werden sollten.

Zeigt euch solidarisch mit den Geflüchteten in Hannover und unterstützt den Protest!

Subcomandante Marcos gibt sein Verschwinden bekannt

Chiapas In den frühen Morgenstunden des 25. Mai 2014 gab Subcomandante Marcos bekannt, dass er von nun an nicht weiter existieren werde.

Marcos, der bekannte Sprecher der rebellischen, indigenen Bewegung der Zapatistas und militärischer Leiter der zapatistischen Guerilla, erklärte dies während der Gedenkfeier für den Zapatista Galeano, der am 2. Mai durch Paramilitärs ermordet wurde.

Nach mehr als 20 Jahren als Sprecher und militärischer Chef der Guerilla EZLN erklärte Marcos in Anwesenheit von sechs Kommandantinnen und Kommandanten der Generalkommandantur der EZLN nun seinen Abtritt.

Er sagte: „Wenn Sie mir erlauben, die Figur Marcos zu definieren, dann sage ich Ihnen ohne Umschweife, dass es ein Karnevals-Kostüm war. Wir haben gemerkt [...], dass es bereits eine neue Generation gibt, die uns ins Gesicht schauen kann, die uns zuhören und mit uns sprechen kann ohne Anleitung oder Anführer zu erwarten noch Unterwürfigkeit oder Gefolgschaft zu geben." Daher, so sagte er, „war die Figur Marcos nicht mehr notwendig. Die neue Phase des zapatistischen Kampfes konnte beginnen.

[...] Es ist unsere Überzeugung und unsere Praxis, dass man für Rebellion und Kampf keine charismatischen Anführer oder Chefs braucht, keinen Messias und keinen Erlöser; um zu kämpfen braucht man nur ein bisschen Anstand, etwas Würde und viel Organisation – und sonst: Entweder man trägt zum Kollektiv bei oder man taugt nichts."

„Wir denken," sagte er, „dass es notwendig ist, dass einer von uns stirbt, damit Galeano lebt. Daher haben wir entschieden, dass Marcos heute sterben muss."

Seinem ironischen Schreibstil und seiner traditionellen PS-Nachworte treu bleibend, schloss Marcos: „PS: 1. Game Over. 2. Schach Matt. 3. Touché. 4. Hm, so ist die Hölle? 5. Heißt das, dass ich ohne das Karnevalskostüm nun nackt herumlaufen kann? 6. Hört mal: Es ist sehr dunkel hier, ich brauche ein Lichtlein..."

Gedenken an Halim Dener

Hannover 20 Jahre nach dem Tod Halim Deners, haben etwa 1500 Menschen mit einer Gedenkdemonstration an den kurdischen Jugendlichen und seine Geschichte erinnert. Halim Dener war 1994 vor dem Krieg in Kurdistan nach Europa geflohen, um Asyl in der BRD zu suchen, wo er beim Plakatieren des Symbols einer PKK-nahen Organisation von einem Polizisten erschossen wurde.

Die Demo war nicht als reiner Trauermarsch angelegt, sondern wollte vor allem die Aktualität der Konflikte, welche zum Tod Halim Deners geführt haben, aufzeigen. Der andauernde Krieg in Kurdistan, das undemokratische PKK-Verbot, die unmenschliche Lage nach Europa flüchtender Menschen sowie die andauernde Polizeigewalt gegen Migrant*innen wurden anhand der Geschichte Halim Deners thematisiert.

Die bunt zusammengesetzte und laut Parolen skandierende Demonstration zog vom Klagesmarkt am türkischen Konsulat vorbei zu einer Zwischenkundgebung am Steintor, dem Ort an dem Halim Dener in der Nacht vom 30. Juni 1994 erschossen wurde. Die zahlreichen Redebeiträge spiegelten die vielfältige Zusammensetzung der Demonstration wieder; so wurden u.a. Beiträge gehalten von: der Kampagne TATORT Kurdistan, der Roten Hilfe, der Interventionistischen Linken Hannover, der Yeni Demokratik Genclik, einem Flüchtlingsaktivisten des Camps am Weißekreuzplatz in Hannover, der Gruppe Lampedusa in Hamburg und der Antifa Burg.

Bei der Zwischenkundgebung am Steintor wurden zahlreiche Fahnen der PKK und der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) geschwenkt. Die Demonstrant*innen holten nach einer Schweigeminute in Gedenken an Alle von der Polizei ermordeten und im Kampf um Freiheit getöteten die Fahnen ein, wor-

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

aufhin sich der Demonstrationszug ohne weitere Vorkommnisse bis zum Klagesmarkt fortsetzte und auflöste.

Der Verlauf ohne Auseinandersetzungen hielt die Polizei allerdings nicht davon ab, im Anschluss an die Demonstration mehrere Personalienfeststellungen wegen angeblichen Verstoßens gegen das Vereinsgesetz und das Versammlungsgesetz durchzuführen.

March for freedom

EU Vom 17.5. bis zum 28.6. fand der „March for freedom" von Strasbourg nach Brüssel statt. Der Marsch, der verschiedene Kämpfe und Bewegungen antirassistischer Gruppen und Kollektive vereint, machte unterwegs an verschiedenen Stationen halt, um mit Aktionen und Demonstrationen auf die rassistische Politik der EU aufmerksam zu machen. So überquerte die Gruppe beispielsweise am 1.6. die Grenze Frankreich/Luxemburg und machte mit Booten auf dem Grenzfluss Mosel auf das unmenschliche Vorgehen der EU-Grenzagentur Frontex aufmerksam. Dabei wurde auch die Moselbrücke blockiert. Am 4. Juni wurde der Luxemburgische Radiosender RTL zeitweilig besetzt.

Am 5. Juni kam es zu brutalen Attacken der Polizei auf die Gruppe, die versuchte während eines Treffens der EU-Innenminister vor und im Parlament zu demonstrieren. Hierbei wurde auch Pfefferspray und Hunde eingesetzt. 11 Teilnehmer_innen des Marsches wurden dabei auf die Polizeiwache gebracht, wo später ihre Freilassung gefordert wurde (alle wurden wieder frei gelassen).

Der Marsch setzte sich weiter fort und überquerte die Grenze zu Belgien am 7.6.. Für die Woche vom 20.-27.6. war eine Aktionswoche mit großer Abschlussdemonstration in Brüssel angesetzt, wobei zum Redaktionsschluss hierzu noch keine Informationen vorlagen.

Mutmaßlicher Putschversuch in Venezuela

Caracas Ende Mai 2014 sind Pläne für einen mutmaßlichen Putschversuch der rechten Opposition in Venezuela aufgeflogen. Die venezolanische Regierung veröffentlichte E-Mails der ehemaligen Parlamentsabgeordneten María Corina Machado, die im Zuge einer staatsanwaltschaftlichen Untersuchung gesammelt worden waren und sie in den Mittelpunkt einer Verschwörung rücken, deren Ziele der Mord an Präsident Maduro und der Sturz der Regierung sind. In einer E-Mail an den Oppositionspolitiker und ehemaligen UNO-Botschafter Diego Arria soll Machado geschrieben haben: „Ich bin es leid, zu warten. Wir müssen diesen Dreck wegräumen, angefangen mit dem Anführer dieser Sache, und [wir müssen] die Weltlage mit der Ukraine und nun Thailand ausnutzen. Je eher desto besser. [...] Ich denke, der Moment ist gekommen, um unsere Kräfte zu vereinen, die nötigen Anrufe zu machen und Finanzierung für die Vernichtung Maduros zu bekommen. Der Rest wird von selbst auseinanderfallen." Ebenfalls deuten die Veröffentlichungen auf die Verwicklung des US-Botschafters in Kolumbien, Kevin Whitaker, in die Umsturzpläne hin. Er soll Machado erneut seine Unterstützung angeboten haben. Sowohl Machado als auch die US-Regierung dementierten die Berichte.

María Corina Machado ist eine der führenden Oppositionspolitiker_innen des Landes und ist immer wieder bei den gewaltsamen Mobilisierungen gegen die Regierung Anfang diesen Jahres in Erscheinung getreten. 2002 unterstützte sie mit dem sogenannten Carmona-Dekret den Putschversuch gegen Hugo Chávez.

Anfang Juni flüchtete der ehemalige leitende Beamte der Geheimpolizei, Ricardo Koesling, nach Berlin, da er zusammen mit sechs anderen Regierungsgegnern von der Staatsanwaltschaft wegen Verdachts auf Verwicklung in den Putschversuch vorgeladen worden war.

Auch wenn nicht restlos bewiesen ist, dass es tatsächlich einen Putschversuch in Venezuela gegeben hat, verdichten sich die Indizien dafür. Das würde eine neue Qualität der Mobilisierungen der radikalen Rechten gegen die venezolanische Regierung bedeuten und einmal mehr verdeutlichen, dass sowohl die rechte Opposition in Venezuela als auch die USA die gewaltsame Beendigung des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" und die damit einhergehenden großen Umverteilungen von oben nach unten weiterhin forcieren.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

GEGEN AUSBEUTUNG, KONKURRENZ UND UNTERDRÜCKUNG

Nach der DGB-Maikundgebung gingen am gestrigen 1. Mai die Autonomen auf die Straße. Die Demo mit anschließendem Straßenfest beim Alhambra-Zentrum war wie üblich nicht angemeldet, die Polizei begleitete den friedlichen Gang rund um die Stadt mit zahlreichen Kräften.

Rund 350 Teilnehmer_innen demonstrierten gegen den Lohnarbeitszwang und für ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung und für die Abschaffung des Kapitalismus. In der ersten Ansprache, die in der Kaiserstraße gehalten wurde, ging es um den Irrsinn der Lohnarbeit, die Situation von Oldenburger Postverteilern bis hin zu den schlechten Bedingungen für Fabrikarbeiter_innen in Bangladesch. Beklagt wurden die massiven sozialen Einschnitte im Süden Europas.

Einen ersten Halt machte der Demonstrationszug an der Lappan-Kreuzung. In einem feministischen Beitrag ging es unter anderem um die Rollenverteilung in den Haushalten, der 24-Stunde-Pflege sowie Lohn und Rente für Reproduktionsarbeit. „Sich kümmern muss in der Gesellschaft anerkannt werden“. Beim Gang durch die Peterstraße wurden unter Applaus die NPD-Wahlplakate von den Laternen geholt. Zwischendurch waren O-Töne von Menschen unter anderem zu den Themen Rassismus und Leiharbeit zu hören. Um die Flüchtlingspolitik ging es dann auf dem Julius-Mosen-Platz. Gäste vom Selbstverwalteten Zentrum „SubstAnZ“ aus Osnabrück berichteten über das Flüchtlingslager Bramsche-Hesepe. Ein Bewohner resümierte: „Unser Leben ist nicht gut. Wir müssen frei sein“. Das Autonome Zentrum „Alhambra“ wies darauf hin, dass man den Protestmarsch von Migrant_innen aus Europa von Straßburg nach Brüssel (19. Mai bis 21. Juni) unterstützen wolle. Am kommenden Donnerstag, 8. Mai, 18 Uhr findet ein Organisationstreffen statt.

Vor der Rede waren auf dem Rathausmarkt Aussagen von migrantischen Arbeitskräften der Landwirtschaft in Südoldenburg zu hören. Dabei ging es um Lohndumping, unmenschliche Bedingungen, sexuelle Übergriffe und unwürdige Behausungen. In der Ansprache wurde dann die Frage gestellt, warum „die reichsten 85 Menschen denselben Reichtum besitzen wie die ärmere Hälfte der Erdbevölkerung zusammen“. „Während in vielen Teilen der Welt zwar keine Revolutionen, aber immerhin ausgewachsene soziale Revolten an der Tagesordnung sind, ist in Deutschland noch nicht einmal ein rebellisches Lüftchen wahrzunehmen“, hieß es weiter. Gefordert wurde eine Gesellschaft, in der Herkunft, Geschlecht und sexuelle Orientierung keine Rolle mehr spielen, in der es kein Oben und Unten mehr gibt, in der alle ein Dach über dem Kopf, genug zu essen und Zugang zu Bildung haben. Mit so wenig Arbeit wie nötig und so viel Luxus wie möglich. Mehr dazu unter regentied.blogsport.de. (am)

geklaut bei:

www.oldenburger-onlinezeitung.de

DOKUMENTATION: REDEBEITRAG 1

WAS IST EIGENTLICH DIESES CARE UND WAS WAR NOCH MAL REPRODUKTIONSARBEIT?

Beim 1. Mai in Oldenburg heißt es dieses Jahr: „Lohnarbeit ist gar nicht schön, Revolte, Tee, ein bisschen klön“‘
Auch wenn es wichtig ist, mal Pause zu machen und den ganzen Druck, den der Kapitalismus mit sich bringt, bei einer solidarischen Tasse Tee mal kurz zu vergessen, wollen wir den Blick noch etwas weiter schweifen lassen und stellen uns und euch die Fragen:

Wer kocht bei dir eigentlich den Tee?
Wer wäscht in deiner WG die Tassen ab?
Was machst du, wenn der Tee alle ist?
Wer schmeißt den benutzten Beutel weg und bringt anschließend den Müll raus? Bemerkst du überhaupt, wenn er voll ist?

Wir wollen uns mit diesem Redebeitrag dem Feld der Reproduktions- bzw. Care-Arbeit widmen. Als klassische Reproduktionsarbeit kann der Haushalt betrachtet werden. Dazu gehören putzen, kochen, sich gegebenenfalls um Kinder kümmern, aber auch die Pflege von Angehörigen und Freund_innen. Der Carearbeitsbegriff (Care = vom englischen Care = Kümmern) nimmt nicht nur die unbezahlte, sondern auch die entlohnte Reproduktionsarbeit in den Blick. Hierzu zählen z.B. Jobs im Bereich der Sozialen Arbeit, der Pflege und der Gebäudereinigung.
Frauen* arbeiten im sogenannten Privaten. Ihre Arbeit wird nicht gesehen, während die von Männern sich in der Öffentlichkeit abspielt und sie dafür von verschiedensten Seiten Anerkennung erhalten. – Übrigens sprechen wir hier nicht von den Kategorien „Frau“ und „Mann“, weil wir diese Kategorien super finden. Im Gegenteil, sondern weil sie die Diskriminierungen in einem patriarchalem System verdeutlichen, die wir benennen wollen. – Mit der Zuschreibung von Rollen, die Frauen* zu erfüllen haben, wurde der Mythos geschaffen, dass Hausarbeit den Frauen* „natürlich“ von der Hand gehe. Damit wurde diese Arbeit unsichtbar gemacht und abgewertet. Die Rolle der Frau* ist klar: Küche, Kinder, Ehe.

Diese Trennung von Produktions- und Reproduktionsarbeit ging [in Westeuropa und den USA]* mit der Industrialisierung im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert einher, mit der Lohnarbeit vermehrt außerhalb des Hauses stattfand. Mit der zunehmenden Schwerindustrie wurden die Frauen* aus den Fabriken in die Haushalte vertrieben. Die mit der Industrie verbundene harte körperliche Arbeit machte es nämlich notwendig, dass die bis zur absoluten Erschöpfung ausgelaugten Arbeiter wieder möglichst fit für den nächsten Arbeitstag gemacht wurden. Diese Reproduktion der Ware Arbeitskraft wurde Aufgabe der Frauen* und so veränderte sich mit der kapitalistischen Produktionsweise auch die Reproduktionsarbeit.

Schon seit dem 19. Jahrhundert kämpften Feministinnen gegen diese Spaltung [in diesem Text sprechen wir von den oft rezipierten mehrheitlich weißen Frauenbewegungen in der BRD]. Die proletarischen Feministinnen der ersten Frauenbewegung gingen – ebenso wie ihre marxistischen Zeitgenoss_innen – von der Befreiung der Frauen* über ihre Eingliederung in die Warenproduktion aus. Für die zweite Frauenbewegung war das Zusammendenken von Marxismus und Feminismus ebenfalls wichtig, jedoch wurden vermehrt Widersprüche aufgezeigt. So kritisierten Feministinnen in den 1960er bis 80er Jahren die in der Linken vorherrschende Meinung, dass Reproduktionsarbeit keine Bedeutung in der kapitalistischen Produktion habe und dass das Machtgefälle zwischen Frauen* und Männern* nur durch die fehlende Einbindung der Frauen* in den Produktionsprozess zustande komme. Dem setzten sie eine Fokussierung auf Reproduktionsarbeit entgegen und machten deutlich, dass die kapitalistische Ausbeutung der Lohnarbeiter nur durch die nicht bezahlte und ebenfalls ausbeuterische Reproduktionsarbeit der Frauen* möglich war. Um diese überhaupt erst sichtbar zu machen, forderten sie unter anderem eine Entlohnung der Hausarbeit.
Mit der sich verändernden Struktur des Kapitalismus seit den 1970er Jahren und der Globalisierung ist die Zahl der lohnarbeitenden Frauen* größer gewor-

den. Oft arbeiten sie jedoch in schlecht entlohnten sozialen Berufen oder im Dienstleistungsgewerbe, was nichts anderes bedeutet, als dass Frauen* nach wie vor für die Reproduktionsarbeit zuständig sind. Zur bezahlten Arbeit kommt zudem die unbezahlte Reproduktionsarbeit im Haus, bei Freund_innen, in politischen Gruppen usw. Es ist wichtig zu sehen, dass sich für Frauen* in den letzten 50 Jahren einiges verändert hat und durchaus wichtige Neuerungen erkämpft wurden, die den Alltag für viele Frauen* etwas erleichtern. An den patriarchalen Strukturen dieser Gesellschaft hat sich jedoch wenig geändert.

Was haben andere Herrschaftsverhältnisse damit zu tun?

Dass sich für einige Frauen* etwas verbessert hat, bedeutet nicht, dass die anfallende Arbeit nicht mehr existiert oder von allen gemacht werden würde. Am meisten profitieren von diesen Strukturen nach wie vor Männer*. Gut ausgebildete, oft weiße und somit privilegierte Frauen* schaffen es in der Regel der neoliberalen Anforderung von „Karriere und Kinder“ – also gleichzeitig lohnarbeiten und sich trotzdem um alles kümmern zu müssen – zu entsprechen. Und zwar indem sie weniger privilegierte Hausarbeiterinnen beschäftigen. Denn wer kümmert sich denn um den Haushalt? Meistens nicht der Mann* – in dieser klassischen heterosexuellen Kleinfamilie – sondern eben die Frau*. Wenn sie es nicht ist, ist es die Haushaltshilfe, die wahrscheinlich illegal angestellt ist und so keine oder nur wenige rechtliche Forderungen stellen kann. Eventuell hat sie auch ihre eigene Familie für diese Anstellung verlassen. Und wer kümmert sich jetzt um diese Familie? Wieder eine weniger privilegierte Frau*. Die Versorgungskette, die so in Gang kommt, ist global. Hier spielen verschiedene Herrschaftsverhältnisse zusammen und vor allem die Kategorien race, Klasse und Geschlecht sind dabei ausschlaggebend. Im illegalisierten Bereich – z.B. in der 24-Stunden-Pflege – leisten oft die Frauen* die Reproduktionsarbeit, die durch mehrere Herrschaftsverhältnisse diskriminiert werden. Das bedeutet nicht, dass es immer so sein muss, die illegalisierte Reproduktionsarbeit aber baut auf eben diesen Verhältnissen auf. Sie wirken ineinander verwoben, wenn es darum geht, wer Reproduktionsarbeit leistet und wer sie strukturell weniger bis gar nicht leisten muss.

Es kann nicht sein, dass Reproduktionsarbeit weiter abgewertet, als „natürlich weiblich“ abgestempelt und unsichtbar gemacht wird! Ein System, das Menschen aufgrund von konstruierten Kategorien privilegiert und weniger privilegiert, das bestimmte Arbeit ab und andere Arbeit aufwertet, wollen wir in die Tonne kloppen!

Wie sieht es mit Widerstand gegen diese Arbeitsverhältnisse aus?

Arbeitskämpfe im Bereich der Care-Arbeit werden weniger beachtet und weniger geführt, was auf sexistische, patriarchale, kapitalistische und rassistische Strukturen zurückzuführen ist. Nichtsdestotrotz organisieren sich Hausangestellte weltweit – in manchen Ländern Lateinamerikas bereits seit über 30 Jahren.

In der Schweiz gibt es seit kurzem das Netzwerk „Respect“, in dem sich bisher vor allem polnische Pflegekräfte zu-

sammengeschlossen haben, um gegen die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen vorzugehen. Eine 24-Stunden-Pflegekraft hat gegen die nicht vorhandenen Arbeitsrechte und die schlechten Arbeitsbedingungen geklagt und damit einen Präzedenzfall geschaffen.
In Deutschland gibt es im Bereich der illegalisierten 24-Stunden-Pflege bisher kaum Organisierung. Kämpfe gibt es aber z.B. in Krankenhäusern und auch in der Assistenz für Menschen mit sogenannten Behinderungen. Hier kämpfen teilweise Assistenznehmer_innen zusammen mit Assistenzgeber_innen für ein selbstbestimmtes Leben und faire Arbeitsbedingungen. Diese unterschiedliche Organisierung von bezahlter Reproduktionsarbeit läuft leider nicht zusammen und gemeinsame Forderungen gibt es kaum.

Wir fordern, die Anerkennung von Reproduktionsarbeit als Arbeit – mit guten Löhnen und Rechten! Wir fordern emanzipatorisches Politikmachen und ein explizites Mitbedenken von Herrschaftstrukturen, die diese Gesellschaft durchziehen.
Dies gilt für bezahlte und unbezahlte Reproduktionsarbeit, für illegalisierte und legalisierte Anstellungen, für alles dazwischen; für Menschen die in Krankenhäusern, in Kindergärten, in Schulen, in der Assistenz, in Haushalten, in der Pflege, überhaupt im „Sich-Kümmern" – einfach im ganzen sozialen Bereich – beschäftigt sind. Auch die alte [weiße] feministische Forderung aus den 1970er Jahren nach bezahlter Hausarbeit kann so antiquiert nicht sein, wenn wir immer noch für die Sichtbarkeit und Anerkennung von Reproduktionsarbeit kämpfen müssen und die dahinterstehenden Strukturen sich kaum verändert haben.
Leute, es wird Zeit! Wir brauchen eine Gesellschaft in der „sich kümmern" anerkannt ist; in der Zeit da ist, um sich zu kümmern; in der wir solidarisch zusammen unser Leben gestalten; in der Reproduktionsarbeit nicht mehrheitlich von Frauen* gemacht wird; in der es nicht nur feministische Zusammenhänge sind, die einen Redebeitrag zu Reproduktionsarbeit halten; in der die Kategorien race, Klasse und Geschlecht keine Rolle mehr spielen; weder in der Reproduktionsarbeit noch als Kategorien, die manche Menschen anderen vorziehen! Let the revolution start!

*[die Anmerkungen in den eckigen Klammern wurden nach dem ersten Vortragen des Redebeitrags auf Grund von (Eigen-) Kritik hinzugefügt]
[wir schreiben weiß kursiv, weil es keine Identitätskategorie ist und keine mögliche kritische Verortung, sondern eine privilegierte Norm]

DOKUMENTATION:
REDEBEITRAG 2

REDEBEITRAG DER "ALSO"

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich heisse Cindy und arbeite für die „Confédération Paysanne“, eine französische Bauerngewerkschaft (Mitglied von La Via Campesina), die für eine bäuerliche Landwirtschaft und die Rechte der Landarbeitern/innen eintritt.

Warum bin ich hier?
In Frankreich loben Regierungen und Repräsentanten der Agrarindustrie die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und besonders der Fleischindustrie als Vorbild für die Entwicklung von Frankreichs Landwirtschaft. Das Anliegen von La Confédération Paysanne ist dagegen, die sozialen und ökologischen Realitäten aufzuzeigen. Ich möchte während meines Aufenthaltes in Deutschland die wirklichen Arbeitsbedingungen der migrantischen Arbeitskräfte und die Situation der bäuerlichen Landwirtschaft untersuchen und darüber berichten.

Unser weitergehendes Ziel ist, ein europaweites Verteidigungsnetz für die bäuerliche Landwirtschaft und die migrantischen LandarbeiterInnen zu bilden.

Am letzten Samstag, am 26. April 2014, war ich zusammen mit Leuten von der ALSO in Cloppenburg:

Das „Netzwerk für Menschenwürde in der Arbeitswelt“ hatte zur Demonstration gegen die menschenunwürdigen Arbeits-, Lebens- und Wohnverhältnisse der osteuropäischen Werkvertragsarbeiter in der Fleischindustrie aufgerufen. Die RednerInnen prangerten übereinstimmend die Missstände an und beklagten, dass sich seit Jahren kaum etwas ändere. Es muss gleiche Löhne und Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten innerhalb eines Betriebs geben. Werkverträge und Leiharbeit gehören abgeschafft. Der gesetzliche Mindestlohn muss flächendeckend und ohne Ausnahme für alle hier arbeitenden Menschen gelten. Aber 8,50 Euro sind zu wenig und können nur der Anfang sein.

Die Kette der Missstände und die Reden, die sie beschreiben, sind lang. Die Verhältnisse und die Forderungen, die sie verändern sollen, sind kompliziert. Die moralische Betroffenheit ist groß - aber die Zahl der Teilnehmenden an der Versammlung ist klein...

Träumte ich es nur?
Denn plötzlich kommt Leben in die Versammlung. Frauen und Männer aus allen möglichen Ländern strömen mit ihren Kindern auf den Versammlungsplatz.

Autonome, nicht im martialischen Schwarz, sondern in Tierkostüme gekleidet. Gewerkschafter ohne Trillerpfeifen, einige allerdings mit zu Didgeridoo-Hörnern umgebauten Abflussrohren. Bauern treiben Schweine und Hühner auf den Platz. Pastoren und Nonnen erscheinen in ihren Berufskostümen - der Platz füllt sich, und bald kann man Teilnehmende und Interessiert nicht mehr voneinander unterscheiden.

Vor dem Rednerpult bildet sich eine Schlange. Höflich geben sich die Frauen und Männer das Mikrofon nacheinander in die Hand. Es herrscht plötzlich eine gespannte Aufmerksamkeit auf dem Platz, die nur hin und wieder vom Grunzen eines Schweins oder dem Gackern eines Huhns durchbrochen wird.

Ich bin Marina. Ich verpacke hier Fleisch im Schlachthof. Als ich einmal Urlaub wollte, um meine kranke Mutter zuhause in Rumänien zu besuchen, sollte ich 400 Euro dafür bezahlen. Ich bin nicht freiwillig hier. Die Fabrik in Rumänien, in der ich gearbeitet habe, hat in der Krise Pleite gemacht. Heute steht dort eine deutsche Fabrik mit halb so vielen Arbeitsplätzen.

Ich bin José aus Spanien. Meinen Husten werde ich nicht mehr los. Schutzkleidung gibt es nicht. Das Gemüse unter den Foliendächern in Almeria wird auch bei 50 Grad Hitze gespritzt - im Akkord. Die Erträge müssen für die Großaufträge der Discounter reichen - zu Preisen, die für mich einen Lohn von 25 Euro für einen Zwölf-Stunden-Tag und Krankheit bedeuten.

Ich bin Marta aus Deutschland. Ich habe vorher 13,67 Euro die Stunde fürs Regale auffüllen im Supermarkt verdient.

Dann wurde ich entlassen und von einer Werkvertragsfirma wieder angestellt. Nun bekomme ich 6,50 Euro - fürs Regale auffüllen im selben Supermarkt. Ich habe jetzt bereits 35 Überstunden, die noch nicht bezahlt sind. Einen Betriebsrat gibt es nicht. Nächste Woche habe ich einen Termin bei der ALSO. Vielleicht habe ich noch Anspruch auf ergänzendes Hartz IV.

Ich bin Kamil aus Polen. Ich arbeite als Zerleger in der Schlachtabteilung. Als ich krank wurde, sollte ich entlassen werden. Dank der Beratung hier vor Ort konnte das verhindert werden. Unseren kleinen Bauernhof in Polen mussten wir aufgeben, die Leute konnten ihre Lebensmittel irgendwann billiger beim Discounter einkaufen.

Ich bin Fabienne aus Frankreich. Ich fülle die Formulare der EU-Behörde aus, während Claude die 60 Milchkühe versorgt. Mehr als die Hälfte unserer Einnahmen sind EU-Zuschüsse. Die 35 Cent für den Liter Milch von der Molkerei decken die Ausgaben bei weitem nicht. Die Molkerei konkurriert um die Großaufträge der Discounter. Wir denken darüber nach, uns für einen neuen Stall mit weiteren 100 Kühen zu verschulden. Wachse oder weiche. Oder wir verpachten unser Land für den Maisanbau an einen Biogasanlagenbetreiber.

Ich bin Paul. Mit Hartz IV habe ich für mich 5,40 Euro und für meine 14-jährige Tochter Klara 3,55 Euro für Essen und Trinken. Für den ganzen Tag. Wenn ich heute Abend mal mit ihr ins Restaurant gehe, wird's mit dem Geburtstagsgeschenk eng. Kino? Einladung zum Skatabend? Da ist auch noch die Stromnachzahlung und die drohende Mieterhöhung. Vielleicht im nächsten Monat - wenn die alte Waschmaschine durchhält. Ich würde ja gern mehr arbeiten, gesünder und fairer einkaufen. Geht aber nicht. Also zum Discounter, Brot, Milch, Gemüse und Käse kaufen - 1 Liter Milch für 60 Cent, rote und gelbe Paprika für 1,59 Euro/kg.

Ich bin Dana aus Bulgarien. Ich möchte nicht sagen, wo ich arbeite, ich habe Angst. Mein Mann ist übel verprügelt worden, als er sich darüber beschwert hat, dass er während der Arbeit nicht auf die Toilette durfte. Ich sollte mit dem Vorarbeiter ins Bett, damit er mir überhaupt eine Arbeit gibt. Die deutsche Wirtschaft braucht unsere Arbeitskraft, aber wir sind unsichtbar für die Deutschen.

Ich bin Awa Diallo. Ich besitze nur ein paar Kühe und führe einen kleinen Milchbetrieb in einem Vorort von Dakar. Die Milch verarbeite ich zu Joghurt und Butter. Nun muss ich meine Kühe verkaufen. Mit den Preisen für importierte Trockenmilch aus Europa kann ich nicht konkurrieren.

Bald setzt sich der Demonstrationszug in Bewegung. Es sind inzwischen so viele Menschen, dass die Demo sich aufteilen muss, um überhaupt voran zu kommen. Um so besser: Der nächste Discounter ist gleich ein paar Straßen weiter. Und die großen Schlachtfabriken kann man auch zu Fuß erreichen.

Auf der Rückfahrt im Auto wache ich wieder auf. Ja, ein europaweites Verteidigungsnetz für die bäuerliche Landwirtschaft und die migrantischen LandarbeiterInnen!

Der europäische Traum von der Annäherung der Lebensverhältnisse in den unterschiedlichen Ländern ist durch die Krise auf den Boden der kapitalistischen Tatsachen zurückgeholt worden. Protziger Reichtum und Wohlstand in den wenigen Wachstumsregionen stehen Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung für die meisten krass gegenüber.

Diese Neuordnung der europäischen Wirtschaftsregion erzeugt neue Wellen der Migration, die sowohl durch Armut und Elend als auch die Nachfrage des Kapitals nach Arbeitskräften bestimmt werden. Das Zentrum der Nachfrage nach Arbeitskräften in Europa ist aber zur Zeit Deutschland. Deshalb können hier die Schotten auch nicht so einfach dicht gemacht werden.

Europa zerfällt, und einige Abwehrreaktionen deuten daraufhin, dass nationalistische und rechtspopulistische Propaganda für viele Menschen attraktiv erscheinen. Aber durch die Migrationsbewegungen werden die scheinbar unvergleichbaren Lebenssituationen in den Armutsregionen der Welt direkt hierher zu uns nach Deutschland geholt. Das globale Dorf, in dem die unterschiedlichen sozialen Realitäten zusammentreffen - das sind zur Zeit wir. Vielleicht liegt darin eine Chance, unterschiedliche Ansätze des Widerstands zusammenzubringen.

Wir behaupten, dass der Schlüssel dazu in den Fragen eines ausreichenden Mindesteinkommens, der Nahrungsmittelproduktion und des Umgangs mit Natur und Tieren liegt. Wo genau, das wissen wir auch nicht. Vielleicht hätte er in Cloppenburg gelegen, vielleicht liegt er in einer Vokü oder auf dem Gemüsemarkt, vielleicht beim Discounter, beim Jobcenter oder in der Schlachtfabrik. Aber eins ist sicher: Der beste Weg, seine Träume zu verwirklichen, ist aufzuwachen und sich einzumischen.

Das war der Redebeitrag auf dem Rathausmarkt.

Berichte aus der Arbeit von Cindy Thommerel, auf deren Arbeit vieles im Mai-Demo-Beitrag zurück geht, findet Ihr auf dem fünfsprachigen Blog „Bäuerliche Landwirtschaft und migrantische (Saison-)ArbeiterInnen“: www.agricultures-migrations.org.

›Euro-Maidan‹ – das laute Schweigen des Antifaschismus

Die Besetzung des Maidan-Platzes in Kiew, Hautstadt der Ukraine, fand in den staatsnahen Medien in Deutschland großen Zuspruch. Was in diesem Land, in Deutschland zu einem Staatsnotstand geführt hätte, wurde dort mit jeder nur denkbaren Sympathie bedacht: Besetzung öffentlicher Plätze und Gebäude, Barrikaden, Molotow-Cocktails. Bewaffnete Verteidigung, Angriffe auf die ›Staatsmacht‹ bis hin zum Aufruf, die gewählte Regierung zu stürzen. Alles war gut und legitim ...

Auch die (außer-)parlamentarische Linke in Deutschland fand freundliche Worte für den ›Aufstand‹. Schließlich ging es um den Kampf gegen eine korrupte Regierung, die den Reichtum ganz Weniger gegen die Armut ganz Vieler zementierte und forcierte.

Warum wurde aus der anfänglichen Sympathie für einen ›Aufstand‹ verlegenes Schweigen, als sich herausstellte, daß sich Erwartungen und Projektionen nicht einlösten, sondern das genaue Gegenteil eintrat? Warum schweigt die antifaschistische Bewegung heute und hier zu der inzwischen allgemein bekannten Tatsache, daß der Erfolg des ›Aufstands‹ ganz wesentlich durch faschistische Kräfte getragen und von der deutschen Regierung offensiv unterstützt wurde? Wiederholt sich hier ein Muster, das sich auf ähnliche Weise bei der Betrachtung der Unruhen in den Banlieues (Frankreich) oder England (Aufstand in Tottemham 2011) und an vielen Orten des ›arabischen Frühlings‹ gezeigt hat?

1. Vorbemerkung:
Warum dieser Text?

Vom späten Herbst 2013 bis heute war unseres Erachtens in der Ukraine eine Auseinandersetzung von beispielhafter Bedeutung zu erleben. Abgesehen von den dramatischen Folgen, die die Ereignisse dort für die Bewohnerinnen und Bewohner der Ukraine hatten und haben, sehen wir in der Art und Weise, wie die Linke hierzulande darauf reagiert oder eher: überwiegend nicht reagiert hat, einen Anlaß, um grundsätzlich über diese Form der Reaktion nachzudenken.

Die folgenden Zeilen sollen also nicht eine bei uns beiden etwa vorhandene Expertise zu Fragen der Ukraine suggerieren. Wir informieren uns aus allgemein zugänglichen Quellen. Unsere Blickrichtung geht nicht nach außen, sondern nach innen. Sie fragt: wieso ist die deutsche Linke – und damit meinen wir vor allem die außerparlamentarische Linke – erneut nicht in der Lage, vielleicht strittig aber dann doch mehr oder weniger gemeinsam auf ein Ereignis einzugehen, das wir aus den unten zu benennenden Gründen für mehr halten, als nur einen weiteren Putsch irgendwo, eine weitere farbige oder blumige ›Revolution‹, wie es deren in den vergangenen Jahren ja viele gab.

Erneut stellen wir hauptsächlich Schweigen fest, in dieser Hinsicht ähnlich, wie das auch schon im Zusammenhang mit dem NSU und der Überwachung durch die NSA galt. Nicht, daß es nicht viele Verlautbarungen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen gegeben hätte. Aber wir vertreten die These, daß in allen drei Fällen überwiegend keine der Heftigkeit des Anlasses angemessene grundsätzliche Diskussion in der Linken stattgefunden, letztlich keine adäquate inhaltliche Positionierung gefunden werden konnte und darum den Herrschenden auch keine glaubwürdige praktische Antwort erteilt wurde.

Zur Frage des NSU hat Wolf Wetzel minutiöse Arbeit geleistet, publiziert sowie seine Thesen dazu in einer Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen vertreten.

Zur Frage der globalen Überwachung ganzer Staaten durch NSA und GCHQ

(in Zuammenarbeit mit dem BND) gab es keine Versuche, diesen Vorgang aus außerparlamentarischer, linker, autonomer oder antifaschistischer Perspektive zu analysieren, um dann eine gemeinsame Praxis zu entwickeln.

Noch schlechter sah das in den Wochen von Mitte Februar bis Mitte März in der Ukraine-Frage aus. Hierzu gab es zB. in der Region Frankfurt lediglich eine Reihe von Blogtexten, die, beginnend mit dem 23. Februar, zunächst in der Form von Mails in antifaschistischen und linken Mailverteilern weitgehend erfolglos eine Diskussion, irgendeine Form von Selbstverständigungsprozess in der Linken der Rhein-Main-Region in Gang bringen wollten, ferner zwei immerhin recht gut besuchte Diskussionsveranstaltungen, die aber über eine eher deskriptive Beleuchtung der aktuellen Sachverhalte in der Ukraine kaum hinauskamen und zur Frage des genannten Schweigens dazu hier kaum kamen.

Das in allen drei genannten Themenfeldern zu registrierende, sicher von Fall zu Fall unterschiedliche Schweigen verstehen zu wollen ist unsere Perspektive auf die Ereignisse in der Ukraine. Wir sehen dabei an dieser Stelle von einem vermutlich uferlose Vorarbeiten erfordernden strukturellen Vergleich zwischen Reaktionen der Linken auf die drei genannten Komplexe ab, verweisen allenfalls von Punkt zu Punkt darauf und äußern Vermutungen zu den Gründen dafür.

Diese Sicht der Dinge aus unserer Perspektive zur Diskussion stellen zu wollen ist der Grund für den folgenden Text. Kritik, Zustimmung oder beides wäre uns sehr willkommen.

2. Öffentlich-rechtliche Sympathie für einen ›Aufstand‹

Selten hat man in Deutschland die Gelegenheit, mit dem Staatsfernsehen und den private-state-Medien zusammen so nah, so sympathisierend an einer Revolte teilzunehmen. Zur Primetime senden sie wochenlang live vom Maidanplatz in Kiew, wo Tausende den Platz besetzt halten, mit dem erklärten Ziel, die gewählte Regierung zu stürzen.

Bis zum Sturz der Regierung und der Ernennung einer Übergangsregierung, die kurz darauf vom herbeigeeilten französischen, polnischen und deutschen Außenminister de facto anerkannt wurde, wiederholte sich ein eingeübtes Spiel: nachdem man kurz auf das Laufende gebracht wurde, was bisher passiert ist, wird live nach Kiew geschaltet. Die Reporterin berichtet vom friedlichen Protest der Menschen auf dem Maidan-Platz, hier schon gerne ›Euromaidan‹ genannt, berichtet von ihrem unerschütterlichen Willen, die gewählte Regierung zu stürzen, vom Mut der Menschen, sich keiner Repression zu beugen. Man sieht Junge, man sieht Alte, man sieht traurige, man sieht entschlossene Menschen.

Während die Reporterin das Bild vom friedlichen Protest und dem brutalen Regime ausmalt, laufen hinter ihr Männer mit (Gas-)Masken, mit Helmen, mit Schutzschilden und Molotowcocktails vorbei.

»Warum wurde aus der anfänglichen Sympathie für einen ›Aufstand‹ verlegenes Schweigen, als sich herausstellte, daß sich Erwartungen und Projektionen nicht einlösten, sondern das genaue Gegenteil eintrat?«

Dann schwenkt die Kamera Richtung Barrikaden. Sie sind meterhoch aufgetürmt. Rauschwaden von brennenden Autoreifen steigen auf. Weit davon entfernt sieht man Polizeiketten, die sich hinter ihren Schildern verschanzen. Immer wieder werden von den Barrikaden aus Molotow-Cocktails Richtung Polizeikette geworfen.

All das, was wir als Zuschauer sehen, sieht die Reporterin auch und hält sie nicht davon ab, vom friedlichen Protest zu reden, der von einem brutalen Regime verfolgt wird.

Eigentlich müßte alleine das mißtrauisch machen: ein militanter Protest, der über Wochen ein Regierungsviertel lahmlegt, öffentliche Gebäude besetzt, Polizeieinheiten zurückschlägt/angreift und zum Sturz einer gewählten Regierung aufruft, genießt das Vertrauen und die Sympathie aller staatsnahen Medien in Deutschland.

Haben jetzt endlich staatliche Medien und die politische Klasse in Deutschland das Recht der Unterdrückten entdeckt, sich auch gewaltsam gegen ihre Unterdrücker zu wehren – selbst dann, wenn diese ›demokratisch gewählt‹ sind? Werden jetzt endlich Armut, Unterdrückung und Ausbeutung als legitime Gründe anerkannt, sich gewaltsam zu wehren, eine Regierung zum Teufel zu jagen, die dies ermöglicht bzw. aufrechterhält?

Ganz sicher nicht. Man möge sich vorstellen, was in Frankfurt, in Paris oder Madrid passieren würde, wenn sich dort Ähnliches ereignen würde.

Ganz sicher haben die hiesigen Medien nicht die geringste Sympathie für Unruhen. Aber sie helfen, eine Regierung aus dem Amt zu jagen, die den europäischen und westlichen Interessen nicht dient, die das Angebot, sich in die EU-Fight-Zone einzureihen, zurückgestellt hatte und dabei war, sich dem Konkurrenten der EU, der Russischen Föderation, anzudienen. Das ist keine leichtfertige Behauptung.

Beispiel: das ZDF hat jüngst zugegeben, mit der Übernahme zahlreicher ›Fakten‹ in die eigene Berichterstattung gute Erfahrungen gemacht zu haben, die direkt vom »Ukrainian Crisis Media Center« übernommen wurden. Das hat es sich zum Ziel gesetzt hatte, nur ganz bestimmte politische Positionen zur Lage in der Ukraine weiterzugeben und alle anderlautenden Nachrichten als »russische Propaganda« zu verunglimpfen. »Finanziert wird die PR-Kampagne u.a. von George Soros, der ukrainischen Übergangsregierung und einer ukrainischen Tochtergesellschaft von Weber Shandwick, dem weltweit führenden PR-Unternehmen«. Eine seiner führenden Mitarbeiterinnen erklärt, sie sei stolz, eine Verehrerin des ukrainischen Nazi-Kollaborateurs Stepan Bandera zu sein.

So wenig es den EU-Ländern um die Beseitigung von Hunger, Ausbeutung und Korruption geht, weder im eigenen Land noch woanders, so sehr geht es darum, die Ukraine, (also deren Ressourcen, deren Wirtschaftsraum und geostrategische Lage) unter das EU-Diktat zu bekommen.

Daß die Unterstützer dieser Proteste aus den Reihen der EU und der US-Regierung dabei die Proteste auf dem Maidan-Platz vereinnahmten oder instrumentalisierten, kann inzwischen als belegt gelten (s.u.). Ob sie die Wünsche der Rebellierenden erfüllen werden oder ob ihnen diese so etwas von am Arsch vorbeigehen, soll hier erst einmal zurückgestellt werden. Die Antwort liegt auf der Hand.

Die geradezu mitreißende Sympathie derer, die in ihren eigenen Ländern selbst eine Sitzblockade mit allen Mitteln zu verhindern suchen, die Sonnenbrillen und aufgespannte Regenschirme für ›passive Bewaffnung‹ halten und deshalb einen ganzen Demonstrationsblock einkesseln und festnehmen (wie anlässlich von Blockupy 2013), sollte also mißtrauisch machen.

3. Linke Reaktionen in Deutschland

Umso mehr verwundern die anfangs doch durchaus vorhandenen vorsichtigen Sympathiebekundungen aus dem linken, außerparlamentarischen Spektrum. Das ging so weit, daß im Koordinationskreis für Blockupy, dem Anti-Troika-Bündnis mit deutlich antikapitalistischer Perspektive, Mitte Februar 2013 zur Diskussion gestellt worden sein soll, ob man sich den »Euro-Maidan-Protesten« gegenüber nicht solidarisch verhalten müsse. Es schien also für einen Moment antikapitalistischen No-Troika-AktivistInnen denkbar, die freiwillige, ja militant erkämpfte Unterordnung von Millionen UkrainerInnen unter das Diktat der Troika solidarisch (mit wem?) zu befördern. Liegt das an persönlichen Erfahrungen oder Berichten von für glaubwürdig gehaltenen Personen und Gruppen vor Ort, die, so hieß es zum Beispiel damals, Mitte Februar, »mit dem Aufstand fiebern«?

Liegt es an den Bildern von den vielen Mollies, die auf Polizeiketten geworfen wurden? Liegt es an den militanten Kämpfen, die dort tatsächlich ausgetragen wurden? Liegt es an der Entschlossenheit, dafür zu sorgen, dass das, was man nicht will, auch nicht länger geschieht? Sieht man dort alles, was hier so bitter fehlt?

Wussten wir, die verschiedenen Spektren der Linken, wofür die Leute auf dem Maidan-Platz kämpfen, wofür sie ihr Leben riskieren? Wussten wir mehr als das, was die Medien jeden Tag und jede Nacht als Motiv verkündeten: Die Menschen wollen einen Beitritt zur EU, wollen eine Regierung, die das EU-Assoziierungsabkommen unterschreibt?

Es gab vereinzelte Kontakte zu Menschen und Gruppierungen auf dem Maidan Platz. Was wollten sie tatsächlich, was wollen sie heute? Wollten sie mehr als eine neue, nun eine EU-konforme Gefängnisführung? Oder wollen sie weder eine russische, noch eine EU-Gefängnisleitung? Aber was dann? Nationale Unabhängigkeit? Einen ukrainischen Kapitalismus?

Erstaunlich in der Debatte, ob man sich mit den Protesten auf dem Maidan Platz solidarisieren müsse, war und ist unsere überwiegende Unkenntnis der realen Vorgänge vor Ort. Es geht nicht darum, ob ich zwei oder drei kennen, die auch auf dem Maidan-Platz gekämpft haben. Es geht darum, ob es nachvollziehbare Analysen und Einschätzungen gibt, was auf dem Maidan-Platz, mit den Kämpfen zum Sturz der Regierung mehrheitlich gewollt wurde und wird. Und natürlich vor allem darum, was dann für uns daraus praktisch folgt.

4. Ziele der Maidan-Bewegung

Wenn also das Wissen darüber, was die Mehrheit der Menschen mit dem Sturz der Regierung erreichen wollen, sehr marginal ist, hilft eine zweite Annäherung. Welche ›Führer‹ hatte und hat die Bewegung? Was ist das Programm der ›drei‹ auf dem Maidan besonders in den Vordergrund rückenden Führer Jazeniuk, Klitschko, Tjagnibok? Und aus der Perspektive von heute, zum Zeitpunkt, da wir diesen Text schreiben: was ist tatsächlich daraus geworden?

Sicherlich werden viele darin übereinstimmen, dass man eine Bewegung, eine emanzipatorische Revolte nicht an ihren Mitteln erkennt, sondern an ihren inneren Strukturen, an der Weise, wie Entscheidungen zustande kommen, an den Zielen, die sie sich setzt.

Wenn sie mehr als eine andere Regierung, also eine andere Form der Unterdrückung will, dann muß sich die Bewegung andere Formen der Repräsentation, andere Formen der Willensbildung, andere Mechanismen, Macht zu kontrollieren, zulegen.

Bisher ist eine solche ›neue‹ demokratische Struktur weder öffentlich vorgestellt noch als gemeinsame Agenda formuliert worden.

Das Gegenteil scheint doch offensichtlich der Fall zu sein. Zehntausende kämpften ›unten‹ auf der Straße und oben auf der Bühne (der Macht) gerierten sich drei Führer, die die Kämpfe auf der Straße als Kulisse für machtpolitische Entscheidungen nutzten, die mit den Wünschen der Kämpfenden (am Ende) sehr wenig zu tun haben werden. Zudem wird im Prozeß der Proteste überdeutlich, daß auch diese drei nicht uneingeschränkt selbst die Handelnden sind. Spätestens durch das geleakte Telefonat des US-Botschafters in Kiew mit der US-Außenpolitikerin Victoria (»Fuck the EU«) Nuland wurde ja Allgemeinwissen: die USA und die EU, genauer gesagt, deren deutsche Dominanzmacht BRD, präferieren auf dem Maidan unterschiedliche Protagonisten. Um es in der Sprache des Telefonats zu sagen: »Klitsh« ist der Mann der Deutschen (und der EU), »Yatz« ist der guy der USA. »I don't think, Klitsh should go into the government«, legte die US-Vertreterin am 6.2. 2014 fest, also zwei Wochen vor der Machtübernahme der ›Übergangsregierung‹ – und setzte sich durch. »Yatz« wurde der neue Chef.

Auch wenn diese ›Führer‹ zum Zeitpunkt des Telefonats (und danach) nicht gewählt sind, so genießen sie in unterschiedlicher Gewichtung die Sympathie derer, die auf der Straße kämpfen. Die-

se ›Führer‹ leben nicht alleine von der voluntativen Sympathie der Straße, sie werfen auch unterschiedliches Kapital ins Rennen. Auch das dürften jene ›unten‹ wissen, die die ›Führer‹ machen lassen, die diese Strukturen, diese Repräsentanz mehrheitlich anerkennen.

5. Wer mit wem gegen wen – zur Funktion des speziellen ukrainischen Nationalismus und zur Herausbildung der faschistischen Aktionsdominanz auf dem Maidan

Kennzeichnend für die innere Situation der postsowjetischen Ukraine ist der außerordentlich hohe Konzentrationsgrad von Vermögen und Macht in der Hand einiger weniger strikt kapitalistisch agierender Oligarchen (womit wir nicht behaupten, daß dies hierzulande grundsätzlich anders wäre, siehe unten). Wie Jörg Kronauer (german-foreign-policy.com) Anfang März in einer Frankfurter Veranstaltung darlegte, befindet sich etwa 40% des ukrainischen Vermögens direkt in der Hand von etwa einhundert Oligarchenfamilien. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen liegt offiziell bei 180 Euro pro Monat – die Oligarchen und ihren Reichtum mit eingerechnet. Die wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist bekanntlich extrem ungleichmäßig: im Westen eher Landwirtschaft, im Osten der Kohle-Stahl-Komplex des Donbass, dessen ökonomische Verflechtung mit der russischen Industrie dominiert. In dieser Situation agieren die Oligarchen der Ukraine in all ihren widersprüchlichen Interessen tendenziell am erfolgreichsten, wenn sie sich weder auf eine allzugroße Abhängigkeit von der Russischen Föderation, noch auf eine Vereinnahmung durch die EU einlassen. Sie leben von den Geschäften mit und zwischen beiden. Eine zu enge Anbindung an Russland scheint vielen von ihnen ebenso gefährlich wie eine zu starke Anlehnung an die EU. Die Gefahr bei letzterer wird ihnen in Südeuropa gerade an vergleichsweise erheblich stärkeren Volkswirtschaften vorgeführt: Troika-oktroyierte Austeritätspolitik mit dem Ziel der Schaffung einer weiteren Billiglohnzone in der EU, Abwicklung der vorhandenen Industrie, weitere Verarmung der Bevölkerung.

Als es im Herbst 2013 zu antioligarchischen Protesten gegen die Regierung Janukowitsch kam, an denen anfänglich auch linke Gruppen teilnahmen, kam es aufgrund der Tatsache, daß zeitgleich das EU-Assoziierungsabkommen verhandelt werden sollte, zu einer sofortigen geopolitischen Überlagerung des innerukrainischen Protests gegen die ›antieuropäische‹, die Fraktion des Russland-orientierten Donbass-Kapitals und Janukowitsch.

Wir gehen davon aus, daß diese Proteste im Verlauf der Zeit Dezember 2013/ Januar 2014 einen anderen Charakter annahmen, als immer mehr Aktivisten offenbar vorwiegend aus den westukrainischen Städten in die Auseinandersetzung eingriffen: ›pro-europäisch‹ einerseits, extrem nationalistisch und in Teilen explizit faschistisch andererseits. Das geschah nicht nur spontan, sondern wurde aus dem Kreis der drei zu ›Oppositionsführern‹ sich herauskristallisierenden Personen Klitschko, Jazeniuk und Tjagnibok explizit mit dem Ziel der Eskalation orchestriert und belegbar alle paar Tage mit mindestens der Spitze eines EU-Staats, Litauen, minutiös abgesprochen, wie der geleakte Mailwechsel Klitschkos mit einem Mitarbeiter der litauischen Ministerpräsidentin zeigt. Das ebenfalls geleakte telefonische Eingeständnis Victoria Nulands (s.u. Anm. 19), die US-Regierung habe in den Umsturz in der Ukraine fünf Milliarden Dollar investiert, wird sich sicherlich auch nicht nur auf die Brötchen beziehen, die jene Politikerin medienträchtig auf dem Maidanplatz verteilte (man stelle sich die gleiche Situation einmal mit einem hochrangigen russischen Aussenpolitiker während militanter und bewaffneter Proteste in einer US-Großstadt vor...).

»Liegt es an den Bildern von den vielen Mollies, die auf Polizeiketten geworfen wurden? Liegt es an den militanten Kämpfen, die dort tatsächlich ausgetragen wurden? Liegt es an der Entschlossenheit, dafür zu sorgen, dass das, was man nicht will, auch nicht länger geschieht? Sieht man dort alles, was hier so bitter fehlt?«

Ob es eine irgendwie besondere Funktion des ukrainischen Nationalismus gab oder gibt, können wir an dieser Stelle nicht beurteilen. Klar ist aber: in der oben geschilderten Interessenlage der ukrainischen Oligarchie, die sicher in sich auch noch einmal widersprüchlich ist, wirkt eine Ideologie, die Staat und Gesellschaft weder an Russland noch an die EU angliedern möchte, im Interesse der Herrschenden. Hier bietet sich der ukrainische Nationalismus als gesellschaftlicher Kitt und als wirksame, weil populäre Ausdrucksform oligarchischer Interessen mit historischer Kontinuität an. Er allein vermag es in dieser Situation, Massen gegen deren eigene objektive Ziele auf die Straße und in den Kampf für den Sieg einer oligarchischen Elite-Fraktion zu führen, ohne daß sie etwa auf die Idee kämen, grundsätzliche Fragen ganz anderer Art, etwa die nach dem Sinn oligarchischen Eigentums überhaupt, zu stellen. Er hat, insbesondere in der Westukraine, also im jahrzehntelang durch immer wiederkehrende Grenzverschiebungen charakterisierten Gebiet, einen besonders militanten und reaktionären Charakter angenommen. Das hat eine lange, mindestens bis in die Zeit des 1. Weltkriegs zurückreichende Vorgeschichte. Diese Form des Nationalismus, organisatorisch mit den verschiedenen Fraktionen der ›Organisation Ukrainischer Nationalisten‹ (OUN) verbunden, war/ist in seiner Grundhaltung antisowjetisch/antirussisch, zugleich in besonderer Weise von der Überzeugung durchdrungen, daß eine unabhängige ukrainische Nation nur ›von oben‹ gegründet werden könne. Dieser autoritär und tief katholisch geprägte, bis zur Kollaboration mit dem Nazifaschismus bereite ukrainische Nationalismus dient als ideologischer Kitt im Interesse der wirtschaftlich am besten zwischen den imperialistischen Machtblöcken EU und Russland operierenden Oligarchie. Die zusehends von ihm mindestens aktionspraktisch dominierte Bewegung des Euro-Maidan wurde so zu einer chauvinistischen, antirussisch dominierten Militanz, deren weithin akzeptierte Vorbilder Stepan Bandera, OUN, die ›Geheime Aufstandsarmee der Ukraine‹ (UPA) und sogar die in der Zeit der Nazi-Okkupation aktive ›SS-Freiwilligen-Division Galizien‹ umfasste.

Kerstin S. Jobst weist zudem darauf hin, daß bis heute in der Ukraine weitere, bequem antisowjetisch bzw. antirussisch zu interpretierende nationale ›Mythen‹ tief verwurzelt sind: die Katastrophen des als ›Holdomor‹ bezeichneten Hungers in der Sowjetukraine von 1932/33 und die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986. Nationalismus geht in dieser Konstellation wie von selbst einher mit heftigen Haßausbrüchen gegen den russischen Außenfeind, innerer Zusammenhalt soll durch Abgrenzung gegen ihn konstituiert werden. Stepan Bandera und sein Bild, Standbilder für den Mitbegründer und Führer des militanten Flügels der OUN, sind in der Westukraine von Stadtplätzen bis zu Fußballstadien allgegenwärtig. Sie waren es zunehmend auch auf dem Maidan, ebenso wie die schwarzroten Fahnen der UPA, die noch nach 1945 bis Mitte der 1950er Jahre vor allem im Westen des Landes die Sowjetmacht bewaffnet bekämpfte, militärisch verdeckt unterstützt von der CIA. Bandera und die OUN kämpften nach dem ›Fall Barabarossa‹ an der Seite der Naziwehrmacht, von ihr finanziert, bewaffnet und geführt gegen die Sowjetunion, vulgo ›Russland‹, sie waren an antikommunistischen und antisemitischen Massakern wie dem von Lemberg im Juni 1941 nicht nur beteiligt, sondern führten sie durch: 7 000 Tote. Das ist allgemein bekannt, niemand bestreitet das ernsthaft. Ebenso sind es Fakten, daß die aktuelle Mit-Regierungspartei Swoboda sich ausdrücklich positiv auf Bandera und die OUN bezieht, wie auch auf die ukrainischen Freiwilligen in der faschistischen Waffen-SS, die sie zu ehren pflegt. Folgerichtig ist sie Partnerpartei der deutschen NPD. Ihr zentraler Think-Tank trägt, wie im Bundestag aktenkundig gemacht wurde, den Namen des ehemaligen Reichspropagandaministers Josef Goebbels. Man tritt dieser Partei mithin nicht zu nah, wenn man sie als faschistische Organisation bezeichnet, auch wenn die deutsche Regierung das in voller Kenntnis der genannten Fak-

ten bezeichnenderweise ausdrücklich anders sieht. Swoboda blieb nicht allein: mit und neben ihr agierte auf dem Maidan der bewaffnete ›Rechte Sektor‹ mit seinen der UPA-Tradition entstammenden Fahnen, in seinen Reihen viele militärisch gut ausgebildete Männer aus den Zeiten der Sowjet-Armee oder anderer bewaffneten Gruppen. Sie waren keineswegs marginal, wie auf von westlichen JournalistInnen auf in Artikeln, Sendungen und über Twitter, den öffentlichen Medien, der Politik bis Ende Februar immer wieder behauptet wurde. Über die Rolle des rechten Sektors äußerte vielmehr Alexander Rahr, Leiter des ›Berthold Beitz-Zentrums – Kompetenzzentrum für Russland, Ukraine, Belarus und Zentralasien‹ bei der Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik: »Der rechte Sektor war aus meiner Sicht entscheidend für den Umsturz, weil er eine Organisation ist, die auch bereit war, in Kampfhandlungen mit den Polizisten, mit den Sicherheitskräften einzutreten. Sie waren gut organisiert, sie hatten auch immer wieder einen Plan, wie sie angriffen, wie sie sich verteidigten, so dass sie einen großen Anteil am Erfolg des Maidans gehabt haben.« Daß für Aktivisten aus diesem politischen Bereich regelrecht Sold gezahlt wurde, ist seit Victoria Nulands Telefongeplauder bekannt: Fünf Millarden Dollar waren den USA ›Freiheit‹, ›Demokratie‹, ›Menschenrechte‹ sowie deren Durchsetzung mithilfe offener Faschisten wert; die EU wird sich zB. in Gestalt der Konrad-Adenauer-Stiftung und ähnlichen Einrichtungen nicht haben lumpen lassen. Behauptet wird auch, daß nicht zuletzt der heute als nächster Präsident des Landes in Aussicht genommene milliardenschwere Oligarch und Ex-Aussenminister der Ukraine, Petro A. Poroschenko, für die von allen westlichen Medien erstaunt vorgefundene perfekte Infrastruktur der Massenproteste auf dem ›Euro-Maidan‹ gezahlt haben soll.

Die Selbststilisierung von Sprechern des Rechten Sektors, sie seien »die Selbstverteidigungkräfte des Maidan«, lange Zeit von deutschen Medien und ›Ukraine-ExpertInnen‹ wie etwa Marina Weisband (Piraten) mitverbreitet, waren spätestens widerlegt, als von genau diesen Gruppen noch am Abend seiner Unterzeichnung am 20.2.2014 das von Klitschko (Konrad-Adenauer-Stiftung, UDAR), Jazeniuk (Vaterlandspartei) und dem Faschisten Tjagnibok (Swoboda) mit Steinmeier und seinen beiden französischen bzw. polnischen Amtskollegen plus Vertretern der Regierung Janukowitsch ausgehandelte Abkommen auf dem Maidan für nicht bindend erklärt wurde. Zugleich wurde für den kommenden 21.2.2014 vormittags der bewaffnete Sturm auf alle Regierungsgebäude angekündigt. Welche Rolle dabei die am Vortag erfolgten Angriffe von auf den Dächern postierten Scharfschützen, die offenbar auf beide Seiten, Berkut-Einheiten und Demonstranten, geschossen hatten, ist bis heute nicht abschließend geklärt. Daß es nicht zu einer von der ›Übergangsregierung‹ angeordneten Untersuchung der Verantwortlichkeit für bei dieser Gelegenheit etwa 80 getötete Menschen kam, veranlaßte den linker Sympathien sicher unverdächtigen estnischen Außenminister Paet in einem später wiederum geleakten Telefongespräch mit der EU-Außenkommissarin Ashton davon zu spekulieren, dies sei äußerst verdächtig und ein mögliches Indiz auf eine Verwicklung der hinter der ›Übergangsregierung‹ stehenden Kräfte selbst (»snipergate« – ein nicht unbekanntes Szenario). Da es eher im Interesse der heutigen Machthaber der Ukraine läge, diese Frage in ihrem Sinn zu klären, hat die Vermutung des estnischen Außenminisers eine hohe Plausibilität.

Wie aber kamen die rechten Kräfte, die ganz offen mit Wolfsangeln, Keltenkreuzen, Thor-Steinar-Jacken, SS-Runen, 14/18/88 – Codes usw. auftraten, in die Rolle, den Umsturz als seine aktivste militante Kraft prägen zu können?

Wir gehen davon aus, daß es nicht im Interesse der gesamten ukrainischen Oligarchie liegt, sich entweder Russland oder der EU zu unterwerfen, durchaus aber einzelne ihrer Protagonisten eine Ablösung der Regierung Janukowitsch betrieben. Hier gab es nun von langer Hand vorbereitet eine eher EU-orientierte und eine eher US-orientierte Fraktion (Klitschko vs. Jazeniuk), die allerdings beide weder als einzelne noch im taktischen Bündnis miteinander über genügend zivilgesellschaftliche Durchsetzungskraft verfügten, den dafür erforderlichen Sturz des Russlandorientierten Janukowitsch zu bewerkstelligen. Das ging nur im Dreierbündnis mit Swoboda, in dessen Gefolge dann auch der ›Rechte Sektor‹ agierte, offenbar aber relativ autonom – so sehr, daß nach einer vorläufigen Konsolidierung der Macht der Übergangsregierung einer ihrer populärsten Söldner, Oleksander Muzychko, durch ukrainische Polizisten regelrecht hingerichtet werden ›musste‹ – ob als ausser Kontrolle geratener Söldner oder unbequemer Zeuge, ist bislang unbekannt. Jazeniuk und Klitschko, dieses Bündnis der unterschiedlichen Fraktionen einer ›westlichen Wertegemeinschaft‹, genauer: der beiden imperialistischen Mächte USA und EU, bedienten sich also nicht nur bedenkenlos der Swoboda-Faschisten und seines ›Josef-Goebbels-Zentrums‹, sondern sie hätten, wie Osteuropa-Experte Rahr ausdrücklich bestätigte, selbst dann keine Chance ohne die militante Kompetenz des Rechten Sektors dazu gehabt. »Steinmeier demonstrierte mit seinem Kotau vor den Oligarchen und den Faschistenführern die Interessenidentität zwischen westlichen Kolonisatoren, ukrainischen Machthabern und deren nazistischen Fußtruppen«, faßt A. Schölzel das treffend zusammen, auch wenn sicher stimmt, daß es sich, wie er fortfährt, um ein Bündnis auf Zeit handelt.

6. Vom Schweigen der Lämmer: es gibt keinen Antifaschismus ohne Antiimperialismus

Das Ergebnis dieses Vorgangs seitens der deutschen Regierung als dominierende Macht in der EU feierlich abzusegnen, ist ein Novum und bisher in dieser Form nicht dagewesener Tabubruch. Trotz der reichlich erstatteten Hilfe aller bisherigen deutschen Regierungen seit 1949 für Militärdiktaturen und faschistoide Regime blieb es dem Außenminister der Zweiten Großen Koalition

der Berliner Republik vorbehalten, das Ergebnis eines als Pro-EU-Parteinahme gemeinten neoliberalen Putsches unter entscheidender Beteiligung offen auf den Nazifaschismus Bezug nehmender Kräfte salonfähig zu machen und auf die europäische Bühne der hohen Politik zu hieven, sowie ohne jede demokratische Legitimation mit dieser Übergangsregierung völkerrechtlich verbindlich gemeinte Verträge mit ihr abzuschließen. Völlig zu Recht spricht eine der wenigen sprachfähig gebliebenen antifaschistischen Organisationen der Ukraine, die Gruppe Borotba, von der aktuellen Regierung als der eines »neoliberal-faschistischen Blocks«. Diesen Block mit an die Macht gebracht zu haben und ihn mit dem Mittel der internationalen Politik den Rücken ›gegen Russland‹ zu stärken, ist nicht zuletzt das Verdienst des deutschen Imperialismus und seiner jahrzehntealten Tradition, die Ukraine seiner Machtsphäre einordnen zu wollen. Daß dies nach den beiden Fehlschlägen 1914-1918 und 1939-1945 nun als dominierende Kraft des Friedensnobelpreisträgers Europäische Union gelang, ist ein historischer Erfolg einer Politik, die man zu Recht als »neuen Wilhelminismus« bezeichnen kann – exakt 100 Jahre nach 1914. In diesem Sinne hatte bereits 2007 der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Günther Gloser (SPD), die entsprechenden Versuche des deutschen Imperialismus während des Ersten und Zweiten Weltkriegs sowie mit dem Mittel der Europäischen Integration ›kritisch‹ verglichen und war zu dem Schluß gelangt: »Wir haben in der jüngeren Geschichte dreimal sehr viel Geld investiert, und nur einmal ist eine positive Dividende dabei herausgekommen.«

Feind war damals wie heute immer wieder Russland, sei es als Zarenreich, als sowjetischer Systemgegner, oder, heute, als imperialistischer Konkurrent und Geschäftspartner zugleich. Läßt man die schäumende antirussische Propaganda nicht nur Julia Timoschenkos auf sich wirken, die aus der Berliner Charité heraus vom Atomkrieg bis zur persönlichen Exekution Putins ihren Vernichtungsphantasien folgenlos freien Lauf lassen durfte, sondern auch die fast täglichen Verachtungs- und Haßgesänge gegen den russischen Präidenten als personifiziertes Böses und (nach Milosevic, Saddam Hussein, Ahmadinedschad, Ghaddafi und Assad) Widergänger Hitlers, oder Rußland als »gas station masquerading as a country« (US-Senator McCain), der ahnt, aus welchen Tiefen der antibolschewistischen Feindschaftspflege die Propagandamaschine hier schöpfen kann.

»In der deutschen Linken [...] herrschen heute objektiv eher EU-›patriotische‹ Illusionen und Stimmungen vor [...], meist mit dem Ziel, die EU als irgendwie doch zivilisatorisches ›Friedensbündnis‹ nicht grundsätzlich in Frage zu stellen.«

Es ist eine alte Wahrheit der radikalen Linken, daß ihr Platz in inter-imperialistischen Auseinandersetzungen nicht auf einer der beiden Seiten zu finden ist. Gerade die Geschichte des Ersten Weltkriegs zeigt das deutlich. Er wurde nur möglich dank der historischen Fehlentscheidung des gesellschaftlich dominierenden Teils der Sozialdemokratie Europas, für die jeweils eigene Bourgeoisie in den Krieg zu ziehen. In Deutschland wurde das bereits 1914 ausdrücklich mit dem Verweis auf den barbarischen, rückständigen, unzivilisierten und autokratisch regierten russischen Feind begründet.

Wir wollen anmerken: es gab damals auch ein keineswegs erfolgloses Gegenmodell. Von seinen Chancen sind wir heute Lichtjahre entfernt, wie der historische Vergleich besonders schmerzhaft deutlich macht: die Zimmerwalder Linke, Keimzelle der späteren Kommunistischen Internationale, griff 1915 eine Forderung der russischen SDAPR(B) vom Herbst 1914 auf und rief dazu auf, in jedem Land Europas den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zum Sturz der je ›eigenen‹ Bourgeoisie umzuwandeln. Damit setzte sie, partiell und später zeitweilig erfolgreich, der nationalistischen Haltung der Parteien der II. Internationale eine internationalistische und klassenbezogene Position entgegen. In Rußland wurde diese Forderung 1917 erfolgreich einem Praxistest unterzogen.

Kräfte, die in der gegenwärtigen Situation Europas und der EU analoge revolutionäre Positionen vertreten, sind derzeit auf die EU als ganzes bezogen marginalisiert, wenn auch vorhanden. In der deutschen Linken aber, von der LINKEN über Blockupy bis zur Antifa in ihrer aktuellen Schwundstufe als Antifa 2.0 , herrschen heute objektiv eher EU-›patriotische‹ Illusionen und Stimmungen vor, nicht selten ›antinational‹ oder ›antinationalstaatlich‹ begründet, meist mit dem Ziel, die EU als irgendwie doch zivilisatorisches ›Friedensbündnis‹ nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern auf reformistischem Weg zu ›transformieren‹, zu zähmen oder ›neu gründen‹ zu wollen, was, ohne die Existenz der EU als imperialistisches Staatenbündnis auf der Ebene seiner kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aufzuheben, mit Sicherheit ein hoffnungsloses Unternehmen ist.

Das sind zwar scheinbar sehr viel weiterführende Fragen, doch gehen wir davon aus, daß hier einer der Gründe für das weitgehende Schweigen der deutschen Linken zu den Vorgängen in der Ukraine zu finden ist. Wir wollen angesichts der Ukraine-Krise festhalten und betonen: es war diese nicht zuletzt von Deutschland dominierte EU, ohne die es eine Regierung des ›neoliberal-faschistischen Blocks‹ in der Ukraine niemals hätte geben können. Als Linke haben wir hierzu keine gemeinsame Sprache, schon gar nicht irgendwelche Formen adäquater Reaktionen den Herrschenden unseres Landes und ihrer nazitoleranten Ukrainepolitik gegenüber gefunden – nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß zum imperialistischen Staatenbündnis EU eine klar ablehnende Haltung derzeit nicht konsensfähig ist. Das lähmt uns empfindlich.

7. Wieviel Faschismus ist zum Sturz einer Regierung akzeptabel?

In den deutschen Medien hat es sehr lange gedauert, bis diese auf dem Maidan-Platz nicht nur freiheitsliebende und nach Europa drängende Menschen gesehen haben, sondern auch organisierte Faschisten. Irgendwann ließ sich diese Tatsache nicht mehr leugnen. In der zweiten Märzwoche brachte das TV-Magazin Kulturzeit von 3 SAT dieses wissentliche Unterschlagen zur Sprache. Die Moderatorin erwähnte die ›sozialen Medien‹, in denen immer öfters und hinreichend belegt der Einfluß und die Bedeutung nationalistischer und faschistischer Kräfte auf dem Maidan-Platz benannt und kritisiert wird. Sie fügte hinzu, dass man den (Staats-)Medien, also auch ihrer Sendung, bewußte Einseitigkeit und einen manipulativen Umgang mit den Fakten vorgeworfen hat.

Der anschließende Versuch, diese Vorwürfe zu entkräften, ist selbst wieder ein gutes Beispiel für fortgesetzte Desinformation. Natürlich habe man von ›rechtsnationalistischen‹ und faschistischen Kräften gewußt (ohne zu sagen, dass sie in keinem Bericht vorkamen), deren Einfluß und deren Bedeutung werde aber bei Weitem übertrieben.

Einen knappen Monat später bekam man dann aber auch in offiziellen deutschen Medien Bilder und Szenen rund um den Maidan Platz zu sehen, die wochenlang aus den Filmberichten herausgeschnitten worden waren.

Nachdem man also ausdrücklich wochenlang sehr wohl um den wachsenden Einfluss paramilitärischer faschistischer Kräfte wußte und dies genau so lange unterschlug, versuchte man nun, deren Bedeutung auf die Größe eines Zwerges herunter zu reden.

Dass der Umgang von EU-Staaten mit faschistischen Organisationen und Parteien zwischen Sympathie, Nützlichkeit und Opportunität hin und her changiert, ist nicht besonders neu, wird aber selbst in antifaschistischen Kreisen nicht gern diskutiert, sondern selbst dort nicht selten als verschwörungstheoretischer Unsinn abgetan (Gladio, Oktoberfestanschlag, NSU). Dass genau dieser Umgang auch mit Blick auf die Rolle faschistischer Kräfte beim Sturz der Regierung gepflegt wird, ist also nur konsequent.

Nicht besonders erstaunlich ist darum ein ähnlicher Umgang der außerparlamentarischen Linken (Globalisierungsgegner, Blockupy-AktivistInnen usw.) mit der veröffentlichten Meinung zu den Vorgängen in Kiew. Dass sich Linke zu Beginn der Proteste gegen das autoritäre Regime in der Ukraine auf die Seite der Protestierende gestellt hatte, ist verständlich. Schließlich wusste man zu Beginn noch sehr wenig, was mit diesem Protest gemeint ist, wohin der Protest führen sollte. Und sicherlich waren zu Beginn auch antifaschistische, linke AktivistInnen beteiligt. Doch das Blatt wendete sich sehr schnell, lange bevor es in den Staats(nahen)medien aufgeschlagen wurde. Am weitesten trieb dies das in der Partei DIE LINKE agierende Netzwerk ›marx21‹, ehemals ›linksruck‹. Dort hatte man zunächst einen ukrainischen »revolutionär-sozialistischen« Gewährsmann der eigenen Weltsicht zu Wort kommen lassen, der Mitte Januar 2014 die Vorgänge als Ergebnis der Aktivität demokratischer Massenbewegung deutete und davor warnte, von Faschisten zu sprechen. Diese gebe es zwar, aber sie seien nun mal „»objektiv die mutigsten und buchstäblich kämpferischsten Teile der Bewegung .... Keiner geht so offensiv gegen die Polizei vor, wie die Ultra-Rechten«, was tatsächlich positiv gemeint war. Von Faschisten zu sprechen, verbiete sich. Klar seien da Rechte auf dem Platz, aber für die gebe es noch keinen passenden Begriff. Man dürfe die bejubelte Maidan-Bewegung »nicht den Rechten überlassen«. Faktisch lief das auf eine ideologische Stärkung der Positionen des deutschen Imperialismus hinaus. Vor Ort bedeutete es die friedliche Koexistenz mit Faschisten. Ähnliche Reaktionen gab es an an die Adresse der Verfasser dieses Textes, zB. auf die per Rundmail über das in der Region vielgelesene Netzwerk Rhein-Main-Plenum weitergege-

»Die gesamte Linke schwieg und schweigt zur Installation eines neoliberal-faschistischen Blocks in einem europäischen Land mit maßgeblicher Hilfe aus Deutschland.«

bene Information der israelischen Tageszeitung Ha'aretz zu Warnungen von Sprechern der jüdischen Gemeinde Kiews vor aktuell aufsteigendem Antisemitismus im Land. An dessen Existenz sowie an der antisemitischen Grundhaltung von OUN, UPA, Swoboda, kann kein vernünftiger Zweifel bestehen. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum listet den Führer von Swoboda, Oleg Tjagnibok, Verhandlungspartner Steinmeiers, als den fünftgefährlichsten Antisemiten weltweit. Dennoch erfolgte auf die Bekanntgabe der Warnung vor deren Antisemitismus per Mail-Antwort von linker Seite auf diesen und ähnliche Texte die Mahnung, keine falschen Gerüchte zu verbreiten. Es habe schließlich nicht der Rabbi von Kiew, sondern nur dessen Stellvertreter entsprechendes geäußert. Und der sei als Verbreiter russischer Propaganda berühmt, fügte in gleichem Tonfall per Twitter die Journalistin und NATO-Korrespondentin Birgit Schmeitzner aus der Ukraine hinzu. Bezeichnende Übereinstimmung. Die gesamte sogenannte ›antideutsche‹ und ›antinationale‹ Linke bis hin zum ›Kommunistischen Bündnis‹ ›...ums Ganze‹ schwieg und schweigt zur Installation eines neoliberal-faschistischen Blocks in einem europäischen Land mit maßgeblicher Hilfe aus Deutschland.

»Während also die nicht minder schwache Linke der Ukraine über zunehmende Übergriffe, Angriffe auf alles, was nicht national und vaterlandslieb genug ist, berichtete, begaben sich Teile der Linke in Deutschland auf eine geradezu beschämende Verharmlosungstour.«

Von Seiten eines als antifaschistischen Aktivisten geschätzten Stadtverordneten der Frankfurter Piraten kam, als hätte es noch nie so etwas wie internationale Solidarität gegeben, als Reaktion: was können wir von Frankfurt aus denn in Kiew ausrichten? Wenn schon eine klar ablehnende Haltung der Piraten zum faschistischen Putsch in Kiew parteiintern offenbar nicht Konsens ist: wenigstens eine Distanzierung seiner Partei von zahlreichen öffentlichen Auftritten ihrer Protagonistin Weisband, in denen sie unter Verweis auf ihre ukrainische Herkunft ausgiebig um Verständnis für ›den Maidan‹ warb, ist unseres Wissens bis heute nie erfolgt, selbst jetzt, wo jeder sehen kann, was aus diesem sogenannten Aufstand geworden ist.

Was tat die Linke in der Ukraine selbst? Wo blieb der kritische Blick der dort Beteiligten? Haben sie nicht gesehen, wie sich die Mitglieder des rechten Sektors zu ›Helden‹ des Kampfes mauserten? Haben sie nicht gesehen, wer sich an die Spitze des Protestes gesetzt hatte? Wo ist die Linke in der Ukraine, die darüber berichtet, mit der die Linke in Deutschland in enger Verbindung und Austausch steht?

Was man auf dem Maidan Platz schon sehr früh hätte sehen, fühlen, riechen können, wurde erst dann unübersehbar, als es sich namhaft und ministerabel in die Übergangsregierung eingeschrieben hatte: Die nationalistische und faschistische Partei ›Swoboda‹ stellt zwei Minister und den obersten Ankläger, den Generalstaatsanwalt Oleg Machnitzkij. Außerdem wurde noch ein weiterer Kamerad in Geist und Tat in ein wichtiges Regierungsamt gehievt: Andrij Parubij wurde Sekretär des nationalen Sicherheits – und Verteidigungsrates. Davor war er alles, was rechts und nationalistisch ist: Mitbegründer der neofaschistischen Sozial-Nationalen Partei der Ukraine, Vorläufer der heutigen Swoboda-Partei, Kandidat auf der Liste von Julija Timoschenkos Vaterlandspartei (2012). »Während der Euromaidan-Proteste galt Parubij als ›Kommandeur des Maidan‹, wobei er eng mit dem Führer des Prawyj Sektor, Dmytro Jarosch kooperierte«.

Während also die nicht minder schwache Linke der Ukraine über zunehmende Übergriffe, Angriffe auf alles, was nicht national und vaterlandslieb genug ist, berichtete, begaben sich Teile der Linke in Deutschland auf eine geradezu beschämende Verharmlosungstour. Zeitgleich zum nachrückenden Mainstream erwähnte auch sie die Anwesenheit von Faschisten und Nationalisten in den Kämpfen gegen die Regierung, um sie dann im selben Atemzug zu marginalisieren – in ihrem Kopf, in ihrem Bewusstsein.

Ähnlich wie die Haltung der GROKO wurde die Bedeutung der Faschisten als unschönes Beiwerk abgehandelt, das den guten Absichten der revoltierenden Mehrheit (auf dem Maidan-Platz, in der Ukraine?) nichts anhaben könne. Es war von Übertreibung (es fehlt nicht viel und das Wort Extremismus fällt) die Rede, wenn die Beteiligung von Faschisten am gewaltsamen Sturz einer Regierung, an einer Übergangsregierung als inakzeptable Zusammenarbeit kritisiert wurde.

Die ehemalige Geschäftsführerin der Piraten Marina Weisband, die in Kiew geboren ist und nun oft als Talkgast gefragt war, hatte für dieses faschistische ›Randphänomen‹ griffige, sehr waghalsige Zahlen: Sie rechnete den Einfluss der reaktionären und faschistischen Kräfte auf dem Maidan Platz hoch und sagte folgenden Stimmenanteil bei den bevorstehenden Parlamentswahlen voraus: die reaktionäre Swoboda (Freiheits-)Partei käme auf zehn Prozent und der ›Rechte Sektor‹ auf zwei Prozent der Stimmen. Während sie so vor einer Übertreibung des faschistischen Einflusses warnen wollte, merkte sie gar nicht, wie unerträglich selbst ihre vorsichtigen Schätzungen sind.

Man stelle sich vor, unter den 20 000 Menschen, die im Rahmen von Blockupy 2014 in Frankfurt demonstrieren könnten, würden sich 2 000 Nationalisten befinden, die nicht die geringsten Berührungsängste mit Faschisten haben und 400 paramilitärisch organisierte Faschisten, die die Demonstration anführen und mit der Aufgabe betraut werden, jeden Versuch, die Demonstration aufzuhalten, zurückzuschlagen und die No-Troika-DemonstrantInnen einschließlich der Demonstationsleitung würde das dankbar akzeptieren!

Wer ist schuld an der wachsenden Bedeutung faschistischer, nationalistischer Positionen innerhalb der Protestbewegung? Auch darauf gibt die Piratin Marina Weisband eine halsbrecherische Antwort. Bis zu gewalttätigen Zusammenstößen am 20. Februar 2014, bei denen sowohl DemonstrantInnen, als auch Polizisten gezielt ermordet wurden, sei der Protest friedlich und ganz ohne faschistische Einfärbungen gewesen. Erst die brutalen Angriffe der Polizei, die Eskalation, habe dazu geführt, dass die Faschisten, vor allem der ›Rechte Sektor‹ Zulauf bekommen haben. Anders gesagt: Die mittlerweile gestürzte Regierung sei an der Zusammensetzung ihrer Regierungsgegner schuld. Willenloser kann man einen Protest nicht machen!

»Die Annahme, dass man sich der Faschisten bedienen kann, um sie dann wieder nachhause zu schicken, hat sich historisch und aktuell mehr als dumm erwiesen. Sie ist tödlich.«

Ein Protest, eine Bewegung, die mehr sein will, als Wegbereiter für eine EU-ergebene Regierung, die mehr sein will, als einer anderen Fraktion der ukrainischen Oligarchie an die Macht zu verhelfen, ist alleine dafür verantwortlich, mit wem sie sich verbündet, mit wem sie gemeinsam kämpft. Die Annahme, dass man sich der Faschisten bedienen kann, um sie dann wieder nachhause zu schicken, hat sich historisch und aktuell mehr als dumm erwiesen. Sie ist tödlich.

8. Das Ergebnis: Regierungen kommen und gehen – die Oligarchie, die Business-Class bleibt. Die Hundertschaft der Oligarchen

Wie wenig jene etwas zu sagen haben, die den Umsturz vollbracht haben, wie bedeutungslos die Wünsche und Hoffnungen jener sind, die auf dem Maidan-Platz gekämpft haben, zeigt sich nicht nur in der Ukraine – das kann man auch in vielen europäischen Ländern feststellen. Wie sagte es der CSU-Ministerpräsident Horst Seehofer einmal in einem lichten Moment: »Diejenigen, die gewählt werden, haben nicht die Macht, und jene, die die Macht haben, werden nicht gewählt.«

Das wußte auch der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, als er im März 2014 in die Ukraine flog, um die neue Mannschaft der politischen und ökonomischen Player zu begutachten. Dass es dabei nicht so sehr auf das politische Personal, sondern zuvorderst auf die ökonomische Klasse ankommt, weiß neben Steinmeier auch die FR (wenn sie auf die wahren Machtverhältnisse in der Ukraine schaut): »Er will die politischen und wirtschaftlichen Akteure hier kennenlernen. Allerdings in umgekehrter Reihenfolge: Vor dem politischen Akteur, dem neu eingesetzten Gouverneur Serhij Taruta, hat Steinmeier den wichtigsten wirtschaftlichen Akteur getroffen, den ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow. Achmetow ist der reichste Mann der Ukraine und der größte Stahlproduzent der GUS. Ihm gehören hier ein Handelszentrum, das Hotel Donbas Palace und der Fußballclub Schachtjor Donezk samt Fünf-Sterne-Stadion, der Donbas-Arena. Als der ukrainische Übergangspräsident Olexander Turtschynow acht Tage nach dem Sturz Janukowitschs die Einsetzung des Multimillionärs Serhij Taruta als Gouverneur von Donezk bekannt gab, erklärte er zeitgleich, dies sei mit dem Stahl- und Kohlebaron Achmetow abgesprochen. Kurz, Achmetow gehört auch die staatliche Gebietsverwaltung von Donezk, nebst Personal und Inventar.«

Erinnert sich heute noch jemand daran, dass die Besetzung des Maidan-Platzes, die wochenlangen Kämpfe dort, ganz wesentlich von dem Willen und Wunsch getragen waren, die Macht der Oligarchie zu brechen, die damit einhergehende Korruption zu beenden, kurzum eine Regierung zu stürzen, die (wie die Regierung unter Timoschenko zuvor auch) vor allem einem gedient haben: der Oligarchie im eigenen Land und den Geschäftspartnern im Ausland, mit denen man paktierte?

Und wer ist der von der Übergangsregierung ernannte Gouverneur von Donezk, Serhij Taruta, dem Steinmeier danach einen Besuch abstattete? Serhij Taruta stammt wie Achmetow aus der Region Donezk. Er konzentriert seine unternehmerischen Aktivitäten im Konzern Industrialnyj Sojus Donbassa. Dazu gehört die Stahlproduktion. Im Jahr 2007 kaufte Taruta zudem die

Danziger Werft. Forbes schätzte sein Vermögen auf zwei Milliarden Dollar. Taruta hält sich wie sein Oligarchen-Kollege Achmetow zum Spaß auch einen Fußballverein: Metalurh Donezk, dessen Präsident er ist.

Wie skrupellos die neue Übergangsregierung das Land, also den gesellschaftlichen Reichtum, unter den Oligarchen aufteilt, beweist eine weitere Ernennung: Der Banker Igor Kolomojskij, der drittreichste Ukrainer wurde in Dnepropetrovsk zum Gouverneur ernannt.

Wie beschreibt die kapital-freundliche Tageszeitung ›Die Welt‹ das Stühlerücken innerhalb der ukrainischen Oligarchie: »Eine Handvoll ukrainischer Wirtschaftsbosse hat die Macht im Land. Einige mussten jetzt das Weite suchen. Aber deren Plätze haben längst andere eingenommen. Ändern wird sich nichts.«

Was sagen die Tausende, die wochenlang für den Sturz einer Oligarchen-Regierung gekämpft haben? Was sagen die Tausende zu dem (vorläufigen) Ergebnis, dass sie nur das Ranking innerhalb der Business Class beeinflusst haben, nichts an ihrer eigenen, beschissenen Lebenssituation?

Selbst wenn es Stimmen dazu gibt, darf man sicher sein, dass diese – heute – sowohl in der Ukraine, als auch in Europa als störend empfunden und stumm gestellt werden.

Zumindest eine sehr treffende Aussage eines Aktivisten ist überliefert, der für dieses Schmierentheater nur noch Spott übrig hatte: »Es sieht so aus, als ob wir jetzt noch eine Hundertschaft der Oligarchen dazubekämen.« (Einige, viele der AktivistInnen auf dem Maidan Platz waren in Hundertschaften eingeteilt.)

Fakt ist eines: In der Ukraine hat vieles stattgefunden, nur keine Revolution. Die Macht- und Besitzverhältnisse wurden nicht angetastet. Im besten Fall wurde das Ranking innerhalb der ukrainischen Business-Class verschoben. Dafür ein ›Aufstand‹?

Geht man davon aus, dass die Anhänger der Swoboda-Partei und des ›Rechten Sektors‹ mit dieser Entwicklung kein Problem haben, wenn es bei einem national-parfümierten Kapitalismus bleibt, dann stellt sich die Frage, wie die vielen anderen Tausende diese Entwicklung betrachten, die wochenlang für den Sturz der Oligarchen-Regierung unter Janukowitsch gekämpft haben, um erst ohne, dann mit Wahlen eine Oligarchenregierung unter XY an die Macht zu bringen?

»Fakt ist eines: In der Ukraine hat vieles stattgefunden, nur keine Revolution. Die Macht- und Besitzverhältnisse wurden nicht angetastet. Im besten Fall wurde das Ranking innerhalb der ukrainischen Business-Class verschoben.«

Haben all die Tausende nicht gewusst, wofür die drei Führer, die auf unterschiedliche Weise die Unterstützung der Maidan-BesetzerInnen hatten, wirtschaftspolitisch stehen?

Haben die zahlenmäßig kleinen linken Gruppen und Organisationen mehr gewusst? Und wenn ja, was haben sie mit diesem Wissen gemacht?

9. Rückwirkungen: Unser Schweigen hat Konsequenzen – vor allem für uns selbst

Und wir? Wussten wir Bescheid? Ab wann? Was haben wir selber getan? Die Linke, die Blockupy-Bewegung, die Antifa, die KapitalismuskritikerInnen? Wir haben geschwiegen. Und damit haben wir wider Willen zugestimmt, weil wir nicht in der Lage waren und sind, uns zu einem so fundamentalen Vorgang eine gemeinsame Position zu erarbeiten und gesellschaftlich sichtbar zu machen, so deutlich, daß auch unsere GenossInnen in der Ukraine, so schwach sie sein mögen, Solidarität erfahren, hören, wie wir die Dinge an diesem Ende der Welt sehen. Schon gar nicht konnten wir auch nur den leisesten Versuch unternehmen, Steinmeier und Co. in den Arm zu fallen, und sei es auch nur symbolisch. Nichts dergleichen geschah. Es gab bis heute, keine einzige Demonstration, und von wenig bekannten, aber wichtigen Ausnahmen abgesehen (s.u.) keine einzige öffentliche Erklärung der außerparlamentarischen Linken zum faschistischen Putsch in der Ukraine.

Dass der Verlauf von Revolten nicht alleine vom Willen der Beteiligten bestimmt wird, dass Revolten sehr oft und meist viel besser organisiert als die Revolte selbst von politischen Kräften genutzt werden, die mit den Wünschen und Hoffnungen der Kämpfenden wenig bis gar nichts zu tun haben, ist keine brandaktuelle Neuigkeit.

Die schreckliche Tatsache, dass der ›arabische Frühling‹ in Ägypten in ein Regime mündete, das man durchaus mit dem Regime unter Mubarak vergleichen kann, in eine abermalige Militärdiktatur, die man demnächst in Wahlen bestätigen wird, liegt gerade ein paar Monate zurück.

Wenn man – hier, aber auch dort, in der Ukraine, in Ägypten, in Tunesien – nach einer Phase der Begeisterung und Sympathie nicht in Sprachlosigkeit und Gleichgültigkeit verfallen will, dann muß man die Frage stellen: Was muß ein Protest, eine Revolte tun, damit sie nicht wieder und wieder um ihre Wünsche und Hoffnungen gebracht wird?

Wenn von Oligarchen in der Ukraine die Rede ist, dann schwingt gerne und absichtsvoll etwas Rückständiges mit. Was unterscheidet die kapital-gedeckte Klasse der hundert Reichsten in der Ukraine von denen, die sich als extreme Minderheit in Deutschland zu den Wirtschafsbossen zählen dürfen?

Vielleicht meint man ja mit Oligarchie eine rückständige Form der Herrschaftsrepräsentation. In den alten kapitalistischen Staaten pflegt man es, dass die politischen Repräsentanten des Systems nicht identisch sind mit denen, die die wirtschaftlich Macht in den Händen halten. Man leistet sich doppeltes Personal. In der Ukraine scheint es derzeit augenscheinlich so zu sein, dass Konzernchefs, Wirtschaftsmagnaten identisch mit jenen sind, die politische

Ämter innehaben. Vielleicht ist dieses ›rückständische‹ Modell auf eine gewisse Weise auch ein Fortschritt: Erstens spart man sich doppelte Kosten und Reibungsverluste. Zweitens verzichtet man damit auch auf die aufwendige Verkleidung derer, die Regierungen wie Hausangestellte halten.

Der Blick hinter die Barrikaden, der Blick auf die realen Machtverhältnisse ist um einiges schwieriger als die schnelle und folgenlose Solidarisierung mit den Revoltierenden. Die Sympathie ist in aller Regel eine ideelle, die in hohem Maße von der medialen Aufmerksamkeit gesteuert wird, auch wenn man sich selbst nicht zum Mainstream zählt. Tatsächlich schaltet die Linke oft schneller ab, wendet sich viel schneller vom Schauplatz der Revolte ab, als die meisten bürgerlichen Medien – die mit dem Ausgang der Revolte oft recht zufrieden sein können. Wo ist die Begeisterung für die Revoltierenden in Griechenland geblieben? Wer setzt sich mit den schweren Bedingungen der Kämpfe dort auseinander? Wer bleibt heute noch mit seinen Gedanken bei denen, die den ›arabischen Frühling‹ mitgetragen haben?

Anstatt die Schauplätze der Sympathie ständig zu wechseln, anstatt die Fehler ständig zu wiederholen, würde sich die Frage lohnen: Warum sind die Revolten so schnell niedergeschlagen? Warum schlagen Revolten so oft in Resignation und Ohnmacht um? Warum gehen Revolten so oft mit reaktionären, nationalistischen Hoffnungen einher? Warum ist die (parlamentarische und außerparlamentarische) Linke so marginal in den Revolten vertreten?

Zweifellos ist die Revolte gegen das Militärregime unter Mubarak genau so legitim, wie die militanten Kämpfe gegen die Troika-Politik in Griechenland oder das autoritäre Regime in der Ukraine.

Die entscheidende Frage ist also nicht, wogegen wir kämpfen – die entscheidende Frage ist, wofür wir kämpfen! Im Kampf gegen eine autoritäre, korrupte Regierung vereint sich recht Unvereinbares: nationalistische, rassistische Ideologien genauso wie religiöse, ökonomische und geostrategische Interessen, linke Ideen wie revolutionäre Vorstellungen.

Erst wenn kenntlich gemacht werden muss, wofür man kämpft, werden diese eklatanten Unterschiede sichtbar. Erst dann wird sichtbar, was in eine konformistische Revolte mündet und was diese von einer antizipatorischen Revolte oder gar dem Beginn eines revolutionären Prozesses unterscheidet.

In der Ukraine lässt sich das sehr anschaulich beschreiben. Zu Beginn der Revolte gegen das autoritäre Regime Janukowitschs waren sicherlich die verschiedensten Motive und Vorstellungen auf dem Maidan Platz vertreten. Doch sehr schnell kristallisierte sich auf der Bühne des Protestes eine politische Richtung heraus, die deutlich und unübersehbar eine konformistische Revolte zum Ziel hatte: zwei von drei der sogenannten Führer des Maidan-Platzes vertreten im besten Fall unterschiedliche Flügel der ukrainischen Wirtschaftselite, der dritte ist ein Faschist. Alle drei Führer und ihr Gegner Janukowitsch gemeinsam hatten im besten Fall zwei verschiedene Gefängnismodelle im Visier: Anbindung an den EU-Fight-Club oder an die Russische Konföderation. In allen Fällen ging es um die Alternative, entweder zum einen oder zum konkurrierenden imperialistischen Lager zu gehören. Dass sich in beiden Varianten die elende Not, die katastrophalen sozialen Verhältnisse nicht wesentlich unterscheiden, darf angenommen werden. Die kommenden Monate werden zudem schnell zeigen: Wenn die vom Troika-Partner IWF geforderten »strukturellen Reformen« erst einmal richtig greifen, werden es nach Lage der Dinge eher die noch weiter rechts stehenden Kräfte der ›nationalen Opposition‹ sein, die dem wahrscheinlichen Sieger der Wahlen

»Wir haben geschwiegen. Und damit haben wir wider Willen zugestimmt, weil wir nicht in der Lage waren und sind, uns zu einem so fundamentalen Vorgang eine gemeinsame Position zu erarbeiten und gesellschaftlich sichtbar zu machen, so deutlich, daß auch unsere GenossInnen in der Ukraine, so schwach sie sein mögen, Solidarität erfahren, hören, wie wir die Dinge an diesem Ende der Welt sehen.«

vom kommenden Mai, Schokoladenmilliardär Petro Poroschenko, die Oppositionsrolle liefern. Eine scheinbare Alternative zu diesen beiden Modellen, in denen immer die ukrainische Business-Class gewinnt und menschenwürdige Lebensumstände für alle nicht vorkommen, bieten also in dem Konflikt nur die Faschisten. Sie fordern einen ukrainischen, ethnifizierte Kapitalismus, keine ›Fremdherrschaft‹ – womit sie nur meinen, dass man die Bevölkerung auch ohne fremde Hilfe ausbeuten und unterdrücken kann.

»Wir sind als gesellschaftliche Kraft derzeit praktisch handlungsunfähig, weil wir weder unsere Gemeinsamkeiten genau genug kennen, noch unsere Unterschiede aushalten oder diskutieren können.«

Wo bleibt die Alternative der Linken zu den Führern auf der Bühne des Protestes und zur faschistischen Lösung des ›Rechten Sektors‹? Wie muss eine Alternative aussehen, die sich sowohl dem Kapitalismus russischer, europäischer Prägung verweigert, aber auch einer ›nationalen Lösung‹?

10. Konsequenzen: Klarheiten schaffen, Antifaschismus neu definieren

Wenn man diese Frage stellt, spürt man die Ohnmacht, spürt man die politische und strategische Leere der Linken – nicht nur in der Ukraine, nicht minder in den meisten europäischen Staaten. Wir sind als gesellschaftliche Kraft derzeit praktisch handlungsunfähig, weil wir weder unsere Gemeinsamkeiten genau genug kennen, noch unsere Unterschiede aushalten oder diskutieren können. In grundlegenden Fragen der Analyse unserer eigenen Gesellschaft sowie der noch viel wichtigeren Frage, in welcher Richtung wir dieses System verlassen wollen, sind wir uns in keiner Weise einig und haben es uns in den letzten Jahren fatalerweise angewöhnt, zugunsten des gemeinsamen Handelns alle strittigen Fragen auszuklammern. Auf diesem Weg sind wir an einem Punkt angekommen, an dem wir einen von Deutschland maßgeblich mit angezettelten faschistischen Putsch überwiegend mit Schweigen übergehen. Damit überlassen wir nicht nur unsere ukrainischen GenosssInnen ihrem ungewissen Schicksal. Wir haben auch unsere Straßen und Plätze hier, die Medien, mit wenigen Ausnahmen die öffentliche Meinung weithin den Herrschenden unseres Landes und ihrer, wenn es sein muß ohne Zögern auch der von ukrainischen Nazis gewaltsam durchzusetzenden imperialistischen Zielperspektiven überlassen. Daran werden wir erst etwas ändern können, wenn wir uns streitig und solidarisch über die Gesellschaft, in der wir leben, über ihren Staat und dessen Ziele, über das jeder emanzipatorischen Gesellschaftsperspektive feindlich gegenüberstehende Staatenbündnis EU/NATO und gegen alle Illusionen ihnen gegenüber so auseinandergesetzt haben, daß wir im Rahmen einer dem entsprechenden Analyse gemeinsam handlungsfähig werden. Die über Jahre gepflegten Unklarheiten in diesen Fragen scheinen uns nicht zufälliger Art zu sein. Sie sind es auch, die antifaschistische und radikale Aktivität jeder Art in der Frage des NSU und der NSA mit blockiert zu haben scheinen. Nie wurde wirklich offen, ausführlich und laut über so naheliegende und einfache Fragen diskutiert:

- wenn es wirklich stimmen sollte, daß der deutsche Staat eine faschistische Terrorzelle finanziert, mit aufgebaut, bewaffnet und gedeckt hat und bis heute deckt;
- buchstäblich milliardenfachen Grundrechtsbruch durch NSA und andere Geheimdienste, darunter auch den BND, aktiv vertuschen hilft;
- in der Ukraine im Frühjahr 2014 ohne mit der Wimper zu zucken einen neoliberal-faschistischen Block mit deutlichem positiven Bezug auf den Nazifaschismus mit an die Macht gebracht hat, um die EU im Machtkampf mit den imperialistischen Konkurrenten USA und Russland in einer guten Position zu halten –

was für ein Staat ist das dann, wie definieren wir ihn in der Theorie und welche Praxis für Antifaschistinnen folgt daraus?

Zur leider auch antifaschistischen ›Stille im Land‹ rund um den NSU-VS-Komplex wie auch zur Ukraine-Krise ist festzustellen: »Interessanterweise wird weder nach einer eigenen, wenn möglich aktuellen Faschismustheorie, noch nach der Notwendigkeit einer Staatsanalyse gefragt. Ist das Zufall oder Teil der Antifa-Krise?«

Europa steht seit einiger Zeit im Zeichen eines zunehmenden Rechtsrucks. Das weist möglicherweise auf einen tiefgreifenden Wandel des imperialistischen Herrschaftsmodells hin. Repression nach innen – Aggression nach außen. Das kann sehr unterschiedlich gehandhabt werden, von relativ konsensorientierten und individuelle Teilhabe sowie private Aufstiege in der Konkurrenz aller gegen alle garantierenden Modellen in den Metropolen und nacktem Elend und brutaler Dikatur an der Peripherie.

Das muß aber nicht immer so bleiben. Wenn an der Peripherie alles abgegrast sein sollte, bleiben nur zwei Auswege für die Herrschenden in den Metropolen: neue Bereiche erobern oder im Inneren die Schraube weiter anziehen. Der Ukraine-Konflikt könnte ein Testlauf gewesen sein – mit Russland als dem nächsten, ganz großen Ziel, entsprechend der uralten ›Orangen-Theorie‹ des deutschen Imperialismus, zweimal schon versucht.

Dieser Testlauf dient als medienwirksame Illustration des Rufs nach deutscher »Weltpolitik« (Steinmeier) und mehr »Verantwortungsbereitschaft« (Gauck). Er findet in einer Zeit statt, in dem, wie die Teilnehmer des ›Bergedorfer Gesprächkreises‹ mit dem Schwerpunkt »Neuer Osten – Neue Mächte« der maschinenindustriellen ›Körber-Stiftung‹ schwärmen, »Deutschland« von allen anderen europäischen Mächten nachgerade »in den Fahrersitz gedrängt« werde .

Der Testlauf Ukraine könnte aber gleichzeitig durchaus auch dafür gedacht gewesen sein, zu sondieren, was wir uns alles stumm gefallen lassen. Unter diesen Bedingungen müssen wir auch über die Frage nachdenken, was wir, die bisherigen Erfahrungen nicht vergessend, sondern aufhebend, heute unter Faschismus verstehen wollen und wie antifaschistische Arbeit neu diskutiert werden muß. Heute, das heißt: in einer Situation, wo selbst in den Metropolen Teile des Sicherheitsapparats der Herrschenden zu immer weiter gehenden Formen des Unterschreitens bürgerlich-demokratischer Standards bereit sind. Und wir leben unter den Bedingungen des immer wieder spontanen Entstehens faschistischer Massenstimmungen ›von unten‹.

Der Rechtsruck in Europa hat seine Wurzel darin, daß sich massenhafte Kritik an den Folgen kapitalistischer Verhältnisse aufgrund der Schwäche der Linken überall auf nationalistische oder gar faschistische Weise äußert, wie zuletzt in der Ukraine, aber auch in Frankreich, Griechenland, Ungarn. Denn was dort abgelaufen ist, ist, bei aller Besonderheit doch auch ein Phänomen, das wir europaweit beobachten können: Nationalisten und Faschisten übernehmen, formulieren die ›Kritik‹ an den Auswirkungen des Kapitalismus von rechts. Die Linke ist weder inhaltlich und analytisch noch strategisch oder praktisch in der Lage, eine Alternative zur imperialistischen, höchsten Stufe des Kapitalismus zu formulieren, die auf einer glaubwürdigen Kritik der Fehler der bisherigen real-sozialistischen Versuche basiert, eine solche Alternative praktisch aufzubauen und zugleich die Fehler anderer radikaler Bewegungen nicht verschweigt – mit dem Ziel, dem vorgetäuschten Antikapitalismus der Faschisten und Nationalisten eine gesellschaftliche Alternative entgegenzusetzen.

»Die Linke ist weder inhaltlich und analytisch noch strategisch oder praktisch in der Lage, eine Alternative zum Kapitalismus zu formulieren, die auf einer glaubwürdigen Kritik der Fehler der bisherigen real-sozialistischen Versuche basiert, eine solche Alternative praktisch aufzubauen und zugleich die Fehler anderer radikaler Bewegungen nicht verschweigt – mit dem Ziel, dem vorgetäuschten Antikapitalismus der Faschisten und Nationalisten eine gesellschaftliche Alternative entgegenzusetzen.«

Faschistische und rassistische Stimmungen von unten entspringen also aus der Mitte der Gesellschaft und ihren kapitalistischen Grundlagen. Sie erscheinen und wirken im alles durchdringende Kult der konkurrenten, auf Ungleichwertigkeitsbeziehungen bestehenden Formen menschenfeindlicher Bereitschaft, in der Fähigkeit, ja dem Wunsch zum Vergessen der eigenen Interessen zugunsten fantasierter und irrationaler Ziele (ethnische oder kulturelle Überlegenheit, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, patriarchaler Sexismus, Homophobie, Obdachlosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und andere).

Da, wo beide ineinandergreifen können, die Politik einer quasi chirurgisch exakten kalten Strategie der aller konstitutionellen checks and balances entzogenen Herrschaft und faschistische, rassistische und nationalistische Stimmungen ›von unten‹, droht eine neue Qualität der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung.

Sie droht nicht nur: wo beides heute schon zusammenkommt und sich, natürlich in letzter Instanz immer im Interesse der Herrschenden von EU und NATO, verbindet, wie in einigen baltischen Staaten, in Ungarn und nun auch in der Ukraine, sind neue Varianten reaktionärer bürgerlicher Herrschaft bis hin zu Formen eines modernisierten europäischen Faschismus auf dem Vormarsch.

Aber nicht nur dort. Die einzelnen Elemente einer solchen Entwicklung, kulminierend in einem seit anderthalb Jahrzehnten vorangetriebenen und dennoch gerade von antifaschistischer Seite wenig thematisierten, re-

pressiven Staatsumbau, liegen auch in Deutschland zündfertig bereit, auch wenn sie derzeit noch nicht offen und flächendeckend benötigt werden, sondern eher verdeckt wie im Fall der staatlich geduldeten und gedeckten NSU-Morde angewandt werden.

AntifaschistInnen in der EU und besonders in Deutschland haben gerade in der gegenwärtigen Situation deshalb unseres Erachtens eine besondere Aufgabe. Bundespräsident Gauck hat, im Rahmen eine gut orchestrierten PR-Kampagne der Großen Koalition, in seiner Rede vor der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 auf das wachsende Bedürfnis ›Deutschlands‹ hingewiesen, »Verantwortung« zur Weltgestaltung, eines neuen Willens zu »Weltpolitik«, künftig auch in bewaffneter Form unter der eigenen Bevölkerung populär zu machen, assistiert von Verteidigungministerin von der Leyen. Steinmeier hat fast zeitgleich in Kiew demonstriert, wie er sich das praktisch vorstellt.

Dem assistierte auch Rebecca Harms, führende EU-Parlamentarierin der auch diesmal wieder besonders frenetisch bellizistischen GRÜNEN, deren Auslassungen zum Thema des neoliberal-faschistischen Putschs auf dem Maidan unter der kriegstrommelnden Überschrift »Diesmal muß die EU mehr Mut haben« in folgendem Bekenntnis gipfeln: »Ich, die ich sehr zurückhaltend bin, was Flaggen und Hymnen angeht, habe ›Ruhm der Ukraine‹ gerufen und geweint, wenn immer zur vollen Stunde die Hymne angestimmt wurde.«

In dieser Situation eines aufsteigenden ›Neowilhelminismus‹ sind Antimilitarismus, Antiimperialismus und Antifaschismus aus Gründen ihres wachsenden inneren Zusammenhangs zwar sicher noch immer begrifflich und politisch zu unterscheiden, aber in der Praxis nicht mehr sinnvoll voneinander zu trennen (wenn sie das denn je waren). Es spricht alles dafür, daß die Verhältnisse, aus denen Militarismus, Imperialismus und Faschismus entspringen, endgültig nur zu besiegen sein werden, wenn dem kapitalistischen Grundverhältnis der Herrschaft, das ohne die Vorstellung der Ungleichwertigkeit gesellschaftlicher Beziehungen aus seinen innersten Gründen nicht auskommen kann, endlich der Garaus gemacht wird.

Die Vorgänge um NSU, NSA und Ukraine lehren auf je ihre Weise: Antifaschismus wird künftig auf neue Weise explizit antikapitalistisch, antiimperialistisch und antimilitaristisch sein müssen. Gelingt das nicht, droht der antifaschistischen Linken in Deutschland in absehbarer Zeit trotz eventuell weiterer und durchaus verdienstvoller, halbwegs erfolgreicher ›Nazis-Verhindern‹ – Auftritte Verständnis-, Sprach- und Tatenlosigkeit bis zum klinischen Tod.

Was das für Theorie und Praxis antifaschistischer Arbeit in diesem Land heißt, muß gemeinsam formuliert und praktisch erprobt werden. Wir plädieren dafür: bevor die weiter notwendige Arbeit des Aufbaus breiter Bündnisse dafür immer wieder in Angriff genommen wird, sollten wir inhaltlich klären, worin heute und morgen inhaltlicher Kern und strategisches Ziel des Antifaschismus besteht.

Hans Christoph Stoodt und Wolf Wetzel, 14. April 2014

geklaut aus: autonomes blättchen #17, Mai/Juli 2014

Anm. d. Redaktion:
Dieser Text enthielt vier Seiten Fußnoten/Quellenbelege, die wir aus Platzgründen rausgekürzt haben. Ihr findet den Text vollständig bei: wolfwetzel.wordpress.com

Gegen die Ignoranz gegenüber dem rechten Terror in der Ukraine!

Wir sind keine machtvolle politische Organisation, kein kontinuierlicher Zusammenhang, nur ein paar Leute, die in den 90er Jahren in Ostdeutschland politisiert wurden, für die die Wende, linksradikale/emanzipatorische Bewegungen der Wende- und unmittelbaren Nachwendezeit und Antifaerfahrungen biographische und politische Bezugspunkte sind. In den letzten Jahren haben wir immer wieder Zeit in den Nachwende-Gesellschaften Osteuropas verbracht. Wir wenden uns mit diesem Text an eine Öffentlichkeit, von der wir nicht wissen, ob es sie noch gibt, weil wir uns und alles was wir bisher erlebt und getan haben verraten würden, wenn wir nichts täten.

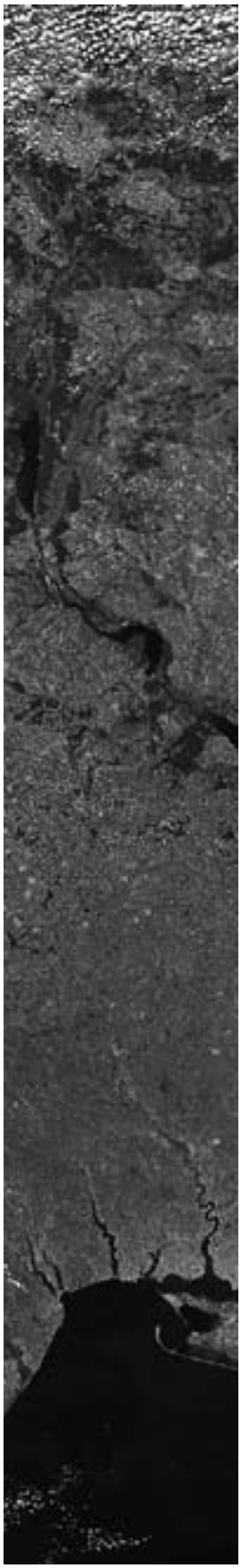
Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich in der Ukraine der Alptraum ostdeutscher 90er-Jahre-Antifas realisiert hat. Uns fehlen sicher viele Details, aber bisher stellt sich die Lage für uns so da: Auf dem Maidan fand ein Aufstand gegen die Repräsentanten der staatlichen Hülle einer längst in konkurrierende Banden/Klientelsysteme u.ä. zerfallenen Gesellschaft, gegen einen Teil der Eliten der heutigen ukrainischen Plünderungsökonomie statt. Dieser war wahrscheinlich weniger durch den Mangel an staatsbürgerlichen Freiheiten als durch das Schicksal eben nicht BürgerIn sondern nur Objekt einer hochmafiösen Plünderungsökonomie zu sein motiviert. In diesem Aufstand haben FaschistInnen und NationalsozialistInnen eine qualitativ herausragende Rolle gespielt. In dem durch den Aufstand entstandenen Machtvakuum hat sich eine Regierung an die Macht geputscht in der neben ProtagonistInnen des „oligarchischen Systems“ FaschistInnen und NationalsozialistInnen eine bedeutende Rolle spielen. Es wird um die Armee, deren Loyalität und Kampfeswillen, deren Bürgerkriegseignung fraglich erscheint, zu ersetzen/ergänzen eine Nationalgarde aufgebaut, in der sich vor allem NationalistInnen, FaschistInnen und NationalsozialistInnen militärisch organisieren.

Nicht erst seit dem Aufstand auf dem Maidan interveniert Deutschland politisch, versucht sich die Ereignisse im Rahmen des Ausbaus und der Sicherung seiner Vormachtstellung im östlichen Europa, mindestens bis an die russische Grenze, nutzbar zu machen. Dabei gibt es keine Hemmungen mit FaschistInnen und NationalsozialistInnen zusammenzuarbeiten. Die derzeitige Regierung wird durch Deutschland politisch und militärisch (z.B. durch den Einsatz von Bundeswehroffizieren als Militäraufklärer) in der Ukraine unterstützt.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Ukraine werden überlagert von internationalen Konflikten zwischen Russland und der Ukraine, Russland und der EU/Nato, zwischen Europa/Deutschland und den USA.

Von dem bis hier Geschriebenen ist vieles These, grob umrissen, der ausgefeilteren empirischen und theoretischen Analyse bedürftig, eines scheint uns sicher:

In Odessa hat ein barbarisches Pogrom stattgefunden! Egal welche Aktionen in dieser Situation von den „prorussischen DemonstrantInnen“ (und/oder von ProvokateurInnen in wessen Auftrag auch immer) ausgingen: In der Art und Weise der Ermordung der im und vor dem Ge-



werkschaftshaus Getöteten offenbart sich ein Vernichtungswille der charakteristisch für ein Pogrom ist. VertreterInnen der derzeitigen ukrainischen Regierung, bzw. der sie tragenden politischen Parteien und Gruppierungen, haben das Pogrom unverhohlen begrüßt und den TäterInnen gedankt. Um ein Schlagwort aus den 90ern zu bemühen: das „Bündnis von Mob und Elite“ steht und es verfügt über Möglichkeiten der Gewaltausübung im Vergleich zu denen die Ereignisse in Ostdeutschland in den 90er Jahren als marginale Zwischenfälle erscheinen.

Täglich erreichen uns außerdem Nachrichten darüber, dass in der Ukraine FaschistInnen und NationalsozialistInnen ihre GegnerInnen verfolgen, foltern und ermorden. Viele dieser Nachrichten können wir nicht verifizieren. Aber unsere politischen Erfahrungen der letzten 25 Jahre in den „Transformationsgesellschaften“ östlich der Elbe, von Rostock-Lichtenhagen bis zu den Morden an russischen Antifas legen uns nahe, davon auszugehen, dass es noch viel schlimmer ist, als es die Nachrichtenschnipsel, die uns erreichen andeuten.

Die Reaktionen der deutschen Linken? Von wenigen Ausnahmen abgesehen: niente. Und wenn es doch mal einen Solidaritätsaufruf oder eine -demo für ukrainische Linke gibt, dann sind es eher traditionslinke Strömungen, die sich äußern und verhalten. Der emanzipatorische Widerstand gegen die deutsche Großmachtpolitik in Osteuropa scheint völlig zusammengebrochen.

Auffällig ist vor allem eines: Bei den verschiedenen Strömungen der antiautoritären und antinationalen Linken ist – von wenigen Ausnahmen abgesehen – das große Schweigen angesagt. Eine politische Position, die Solidarität mit den Opfern und GegnerInnen des rechten Terrors in der Ukraine ausdrückt und die die deutsche Politik in der Ukraine kritisiert ohne dabei in Apologie autoritärer Herrschaft in Russland zu verfallen, ist öffentlich faktisch nicht wahrnehmbar.

Nicht nur, dass es keine praktischen Aktionen gibt, was angesichts der eigenen globalen Wirkungsunmächtigkeit oder der Ratlosigkeit darüber, was man tun soll verständlich wäre. Nein, es findet auch wenig Bemühung um Analyse statt. Abgesehen von kleinen Zirkeln und marginalen Medien findet keine systematische Bemühung und Diskussion statt mit dem Ziel zu verstehen, was in der Ukraine passiert, was das mit den derzeitigen globalen Krisenerscheinungen, mit uns und unserem Leben hier zu tun hat. Bestenfalls lädt man sich ein paar ukrainische AnarchistInnen ein und erhofft sich, dass diese einem die Mühe abnehmen, zu verstehen was dort geschieht.

Der rechte Terror in der Ukraine, die Morde und der beginnende Bürgerkrieg werden mit einer gewissen Nonchalance zur Kenntnis genommen. In Kneipengesprächen wird bei Spiegel-Online Erlesenen wiedergekäut. Man denkt Bescheid zu wissen, weil man weiß dass es eine Spaltung zwischen der West- und Ostukraine gibt und Putin ein krasser Kunde ist.

Warum? Wir vermuten, dass es ein Bündel von Gründen gibt: Da ist die weitverbreitete Unkenntnis der aktuellen Situation in der Ukraine und der historischen Entwicklungen im sowjetischen/postsowjetischen Raum, die in der weitverbreiteten Ignoranz der deutschen Linken gegenüber den gesellschaftlichen Entwicklungen in Osteuropa gründet. In der jetzigen Situation macht sich dramatisch be-

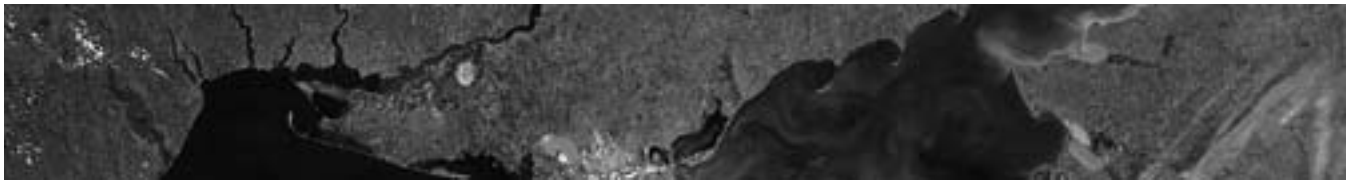
merkbar, dass es hierzulande zu keiner kritischen Analyse der gesellschaftlichen Prozesse kam, die sich z.B. in den „Farben-Revolutionen“ im Allgemeinen und der Orangenen Revolution 2004 im Speziellen ausdrückten. Da ist die Angst als „Putinversteher“ zu gelten oder auf Propaganda des russischen Staates hereinzufallen, die sich aus dem Wissen um die autoritär-repressiven Entwicklungen in Russland (Homophobie, Rassismus, Verquickungen des Staatsapparates mit extremen Rechten, ...) speist. Da ist aber auch eine gewisse Abfälligkeit gegenüber der slawischen/osteuropäischen Bevölkerung spürbar, der viel zu oft gemeinhin unterstellt wird, dass „die ja alle“ irgendwie reaktionär/zurückgeblieben/autoritär/homophob/antisemitisch etc. seien, weshalb zu allen Konfliktparteien Äquidistanz zu halten sei. Dieses Ressentiment dürfte neben der objektiven extremen Marginalität im westlichen Sinne „linker“ Strömungen in der Ukraine dazu beitragen, dass die meisten antiautoritären Linken dort kein Identifikationsobjekt finden. Am Beispiel der Ukraine wird offenbar, dass es auch für die antiautoritäre und antinationale Linke unmöglich ist, eine Position zu internationalen politischen Entwicklungen zu beziehen, wenn es vor Ort eben kein Identifikationsobjekt gibt, mit dem man bedingungslos solidarisch sein kann. Diese Unfähigkeit markiert das Scheitern aller Strömungen der Linken, die seit den 80er Jahren einen identifikatorischen Internationalismus, wie er sich in den klassischen westdeutschen linken Solibewegungen manifestierte, kritisiert haben.

In diesem Zusammenhang wird ebenfalls offenbar, dass alle Diskussionsstränge, die es in den 90er Jahren zu Jugoslawien/Kosovo gab, abgerissen sind. Das Scheitern der deutschen Linken in Anbetracht der deutschen politischen und militärischen Unterstützung für die ethnische Parzellierung des Balkans ist unaufgearbeitet und verdrängt. Und da ist vielleicht die nicht unbegründete Angst vor den Erkenntnissen, die eine analytische Beschäftigung mit den Ereignissen in der Ukraine zutage fördern könnte. Deutet sich dort doch an, dass sich die objektiven Tendenzen zur Barbarei vor unserer Haustür zu realisieren beginnen ohne dass Hoffnung auf Rettung begründet ist.

In dieser Situation fordern wir dazu auf, der Empathielosigkeit gegenüber den Opfern des rechten Terrors in der Ukraine entgegen zu wirken. Uns ist egal, ob die von ukrainischen FaschistInnen und NationalsozialistInnen Ermordeten AnarchistInnen, KommunistInnen oder „ProrussInnen“ sind. Man muss kein „guter Mensch“ sein oder politische Standards erfüllen, an denen auch die hiesige Linke oft genug scheitert, um das Recht zu haben nicht zu Tode gefoltert zu werden. Wir hätten z.B. mit Borotba oder den verschiedenen Fraktionen ukrainischer AnarchistInnen sicherlich das Eine oder Andere auszudiskutieren, sind aber überzeugt, dass das in der jetzigen Situation mindestens zweitrangig ist. Wir glauben nicht, dass es unsere Aufgabe ist, die Spaltungen der ukrainischen Linken identifikatorisch nachzuvollziehen. Aufgabe einer hiesigen progressiven Linken wäre es, mit den Opfern und GegnerInnen des rechten Terrors in der Ukraine gegen diesen solidarisch zu sein, egal ob sie Russisch oder Ukrainisch sprechen, egal ob sie Hoffnungen in den Maidan gesetzt haben oder nicht. Unser Luxus, in persönlich ungefährdeter Situation diskutieren und analysieren zu können, müsste nutzbar gemacht werden, eben um zu verstehen, was in der Ukraine passiert, was das mit den derzeitigen globalen Krisenerscheinungen, mit uns und unserem Leben hier zu tun hat.

Als Linke in Deutschland hätten wir nach der Erkenntnis, wonach der Hauptfeind das eigene Land ist zu handeln und gegen die deutsche Unterstützung für die weitere Ethnisierung und Barbarisierung Osteuropas, gegen deutsche Großmachtpolitik anzugehen und unseren Teil zu einer Internationale der Deserteure, VaterlandsverräterInnen und DefätistInnen beizutragen.

antiautoritaerelinke.blogsport.de



Kalter Putsch der Gelbhemden

In Thailand droht die Demokratie abgeschaltet zu werden

»Shutdown Bangkok – Restart Thailand« ist das Motto des vorerst letzten Höhepunktes der Protestkampagne, die Suthep Taungsuban, Vorsitzender der sogenannten Demokratischen Partei, seit November letzten Jahres gegen die von Yingluck Shinawatra geführte Regierung inszenierte. Wiedereinmal stehen sich Gelbhemden und Rothemden in Thailand gegenüber – zwei unversöhnliche politische Lager, deren Proteste Thailand seit 2006 immer wieder an den Rand eines Bürgerkriegs brachten.

Gewöhnlich werden die Roten als arme Bevölkerungsschichten aus dem Norden und Nordosten des Landes charakterisiert, die der Phue-Thai-Partei bei allen zurückliegenden Wahlen zu einer komfortablen Parlamentsmehrheit verholfen haben und auch 2011 Yingluck ins Amt brachten. Die Gelben werden im Parlament von der sogenannten Demokratischen Partei repräsentiert, die ihre Hochburgen im Süden des Landes hält und zu deren charismatischem Führer sich der ehemalige Parteisekretär Suthep nun entwickelt hat. Sie stützen sich auf die Bangkoker Mittelschicht und die royalistisch-konservativen Eliten.

Nicht nur die lange Zeit, die die jüngsten gelben Proteste andauern, sondern auch die bereitgestellte Logistik ist ein Zeichen für die potenten Kreise, die hinter der Kampagne stehen: An bis zu sieben zentralen Kreuzungen der Stadt errichteten die ProtestlerInnen Straßenblockaden, um den Verkehr lahmzulegen. Auf ausladenden Veranstaltungsbühnen gaben sich die politischen AnführerInnen, Popstars und TV-Sternchen das Mikrofon in die Hand. Die einpeitschenden Reden und das Unterhaltungsprogramm wurden auf riesigen LED-Bildschirmen und über den eigenen TV-Sender Bluesky-TV landesweit übertragen. So sollte der Regierung der finale Stoß versetzt und Yingluck gezwungen werden, die zentrale Forderung zu erfüllen: Sie, die 2011 mit großer Mehrheit gewählt worden war, sollte zurücktreten und einem nicht gewählten »Reformrat« die Macht übergeben.

Yingluck hat seit Beginn der Proteste weitreichende Zugeständnisse gemacht, die sie zum Teil machtlos und handlungsunfähig erscheinen ließen. Zunächst musste sie zusehen, wie alle umstrittenen Gesetzesvorlagen, die der Auslöser für die Proteste im November 2013 waren, gestoppt wurden, etwa ein Amnestiegesetz, das all denen Straffreiheit zusicherte, die seit 2006 aufgrund politischer Vergehen angeklagt worden waren. Ebenso das Vorhaben, die Verfassung zu reformieren, sowie ambitionierte Infrastruktur- und Wirtschaftsmaßnahmen.

Yingluck hat die Opposition auf der Straße gewähren lassen, hat sich in die Provinz im Nordosten zurückgezogen, als im Verlauf des Dezembers 2013 ein um's andere Regierungsgebäude besetzt oder durch Sabotage der Strom- und Wasserversorgung arbeitsunfähig gemacht wurde. Die Politik der Deeskalation hielt sie auch dann noch aufrecht, als mit der Shut-Down-Kampagne die gesamte Hauptstadt gelähmt werden sollte: Es gab keinen Räumungsbefehl der Barrikaden, obwohl diese zeitweise nur von sehr wenigen ProtestlerInnen bewacht wurden. Der martialischen Rhetorik und den immer neuen Ultimaten und Ankündigungen des endgültigen Siegs begegnete sie mit demonstrativer Gelassenheit.

An einem Punkt blieb Yingluck jedoch kompromisslos: Sie hat das Parlament aufgelöst und Neuwahlen angesetzt, an denen sie auch dann noch festhielt, als die Opposition sich mit allen Mitteln dagegen wehrte. Mittels ihres exklusiven Zugang zur Wahlkommission und zu den hohen Gerichten versuchten die Gelben, mit haarspalterischen Auslegungen der Verfassung und der Wahlgesetze die Wahl zu verhindern. Yingluck blieb hart und konnte am 2. Februar 2014 einen wichtigen symbolischen Sieg erringen.

Damit ist es ihr gelungen, dass ihre Regierung und ihr Name mit dem demokratischen Grundprinzip schlechthin identifiziert werden. In der gegenwärtigen Konstellation steht sie für Wahlen und für das Prinzip, dass die Stimme

jedes Bürgers und jeder Bürgerin gleich viel zählt. Die Opposition befindet sich dagegen mit ihren wolkigen Forderungen nach einem nicht gewählten Reformkomitee zunehmend in der Defensive. Berufsgruppen sollen die Mitglieder des Komitees ernennen, aber es liegen weder zu diesem korporatistischen Verteilungsschlüssel noch zum Mandat dieses Rats konkrete Pläne vor.

Als darüber hinaus noch Bilder eines wütenden gelben Mobs um die Welt gingen, der mit Gewalt die Registrierung von KandidatInnen verhindern wollte und am Wahlsonntag ihre MitbürgerInnen von der Wahl abhielt, ist die Stimmung gekippt. Seither schmilzt die Opposition auf der Straße zusammen, wird aber dadurch nicht weniger bedrohlich. Die zentrale Botschaft der OppositionsführerInnen, dass Yingluck nur aufgrund von Korruption und Stimmenkauf im Amt ist und die WählerInnen massenweise betrügt, ist vor dem Hintergrund dieser Bilder zwar nicht mehr vermittelbar. Im Inland führen die Gelbhemden ihren Feldzug jedoch unvermindert weiter.

Die Shinawatra-Familie wird als Verkörperung der Korruption dargestellt, und Korruption wird dabei immer weiter gefasst. Nicht nur persönliche Bereicherung oder Vorteilsnahme, sondern auch alle politischen Initiativen, die die Regierung ergriffen hatte – so zum Beispiel der Plan, ReisbäuerInnen zu subventionieren, oder ein Netz von Hochgeschwindigkeitszügen zwischen China und Malaysia zu bauen. Die Vorhaben hätten über eine Neuverschuldung finanziert werden sollen, und diese Abkehr vom bisherigen Austeritätskurs wertet die Opposition als Populismus, versteckten Stimmenkauf und Landesverrat.

Kritik aus dem Ausland wird zurückgewiesen

Die AnhängerInnen der Regierung werden als dumme HinterwäldlerInnen diffamiert, und es gibt Anzeichen von zunehmender Gewalt: Mobile Einheiten der Schutztruppen, die zur Bewachung der Straßenbarrikaden aufgestellt wurden, und radikale Studierendengruppen sollen von nun an vor den Privathäusern bekannter Regierungsmitglieder auffahren und sie einschüchtern. Immer häufiger werden Übergriffe auf vermeintliche oder tatsächliche AnhängerInnen der Rothemden berichtet. Wer von diesen Schutztruppen aufgegriffen wird und nicht durch einen prominenten Namen geschützt ist, wird traktiert und gedemütigt. Es gibt Berichte von schweren Misshandlungen. Die zunehmende Kritik aus dem Ausland wird mit dem Argument zurückgewiesen, westliche ReporterInnen verstünden die Besonderheiten Thailands nicht und würden ihre eurozentristischen, westlichen Vorstellungen von Demokratie vorschnell auf Thailand übertragen.

So hat sich die Opposition radikalisiert und gegen jedwede Kritik immunisiert. Die Forderung »Erst Reformen, dann Wahlen«, auf die sie ihre Kampagne zugespitzt hat, ist jedoch nicht verhandelbar, da diese eine zeitweise Entmündigung der WählerInnen bedeuten würde. Sie entzieht der Idee eines politisch aushandelbaren Interessenausgleichs den Boden. Sie unterminiert die Bedingung der Möglichkeit eines demokratischen Kompromisses.

Doch wer sind diese DemonstrantInnen, die zeitweise zu Hunderttausenden auf den Straßen Bangkok, demonstriert haben? Es ist leichter zu sagen, was die Bewegung(en) und politischen Lager nicht sind: Es handelt sich nicht um einen einfachen Klassenkonflikt. Umfragen haben ergeben, dass sich die Zusammensetzung beider Lager nicht allzu stark voneinander unterscheidet. Die Gelbhemden gehören zur Mittelschicht in Bangkok. Doch man sieht auch viele Arme unter den ProtestlerInnen, zum Beispiel die, die als OrdnerInnen arbeiten, und die, die in Zelten auf dem Pflaster übernachten.

Weder Klassen- noch ethnischer Konflikt

Die Rothemden rekrutieren sich ebenfalls aus Mittelschichten – eher untere Mittelschichten vor allen aus den Provinzen im Norden und Nordosten. Eine Untersuchung charakterisiert sie als politisierte LandwirtInnen, aber es handelt sich eben nicht um massenhaft organisierte LandarbeiterInnen oder Landlose, wie man sie aus den Demonstrationen des Forums der Armen im Thailand der 1990er Jahre kennt. Der Konflikt ist auch kein regionaler oder ethnischer Konflikt. Die Rothemden aus dem Norden und dem Nordosten definieren sich nicht über eine regionale Identität. Im Zuge der anhaltenden Blockade Bangkoks hört man immer mal wieder, dass der Norden und Nordosten sich abspalten möchten. Hier handelt es sich aber eher um eine Drohgebärde gegen die ProtestlerInnen in der Hauptstadt – es ist kein Ausdruck ethnischer sezessionistischer, Tendenzen.

Die Bewegungen sind schwer zu fassen, weil sie sich im Laufe des Konflikts seit 2006 stark gewandelt haben – zum Teil haben sie sich in ihr Gegenteil verkehrt. Die Gelbhemden begannen 2006 als breite Bewegung gegen den damaligen Premier Thaksin Shinawatra. Dieser hatte durch seine zweigleisige Wirtschaftspolitik – neoliberale Reformen gekoppelt mit Sozialprogrammen für Arme – zwar enorme Erfolge erzielt. Gerade wegen seiner Erfolge wurde er jedoch einerseits zu einer Gefahr für die royalistischen Eliten Bangkoks, und andererseits führten viele seiner autoritär durchgesetzten neoliberalen Reformen zu sozialen Konflikten.

So konnten die Gelben 2006 ein breites Spektrum zusammenführen: Die globalisierungskritische NGO FTA Watch, die gegen den Freihandelsvertrag zwischen den USA und Thailand mobilisierte; Gewerkschaften, die sich gegen die Privatisierungspläne von Staatsunternehmen richteten. Der Sündenfall kam mit dem Putsch von 2006. Im Verlauf der Bewegung gewannen royalistisch-konservative Kreise die Oberhand und setzten auf eine autoritäre Lösung des »Problems Thaksin«. Das Militär setze eine technokratische Übergangsregierung ein, die das »System Thaksin« abwickeln sollte, erreichte eine scharfe Pressezensur und ließ eine neue Verfassung ausarbeiten.

Ein starres Verfassungsgericht und zahlreiche »neutrale« Verfassungsorgane wurden so aufgestellt, dass sie jede zukünftige parlamentarische Mehrheit kontrollieren können. Dieses Mittel zur Einhegung einer populären Parlamentsmehrheit und zur Sicherung der eigenen Vormachtstellung ist international nicht unüblich: In Südafrika installierte die weiße Minderheit kurz vor Fall des Apartheidregimes ein starkes Verfassungsgericht, um sich vor radikalen Reformen des zukünftigen ANC-dominierten Parlaments zu schützen. So konnten unter anderem eine Landreform verhindert und die Besitzverhältnisse größtenteils aufrechterhalten werden. Im Verfassungsentwurf der Muslimbruderschaft in Ägypten war mit der Einführung eines religiösen obersten Gerichts ein ähnlicher Mechanismus angelegt. Und nach dem Putsch des Militärs gegen den ehemaligen Staatspräsident Mohammed Mursi bedienten sich die neuen alten MachthaberInnen der gleichen Strategie und machten den ihnen genehmen Vorsitzenden des Verfassungsgerichts zum Übergangspräsidenten.

Gelbhemden kooperieren mit den juristischen Organen

In Thailand konnten sich die Gelbhemden immer der Kooperation der juristischen Organe sicher sein: RichterInnen entstammen aus der städtischen konservativ-royalistischen Elite. Das wurde 2008 besonders deutlich. Bei der ersten Wahl nach dem Putsch konnten die Rothemden erneut eine deutliche Mehrheit erringen. Als die Gelbhemden wiederum gegen diese Regierung protestierten, löste das Verfassungsgericht die Regierungspartei einfach auf. Seither spricht man von einem juristischen Putsch: 2006 hat das Militär geputscht, 2008 haben die RichterInnen geputscht, und gegenwärtig ruft Suthep von den Bühnen in der Stadt einen »Putsch des Volkes« aus. In dieser Art haben die royalistisch-konservativen Eliten in ihrem Machtkampf mehr und mehr auf autoritäre Strategien gesetzt.

Je mehr die sozialen Bewegungen wegbrachen, die ursprünglich Teil der Anti-Thaksin-Bewegung waren, desto mehr appellierten die FührerInnen der Bewegung an nationalistische und xenophobische Gefühle und nutzen Gewalt zur Einschüchterung der GegnerInnen. Die jetzige Entwicklung in Bangkok ist eine konsequente Fortsetzung dieser Strategie, und auf Websites werden Parallelen zum aufkeimenden Faschismus in Italien und Deutschland der 1930er Jahre gezogen: Eine Elitefraktion, die um ihren Einfluss bangt, kooptiert Teile der Mittelklasse. Gewaltbereite paramilitärische Gruppen schüchtern Andersdenkende ein, sabotieren die Regierung und im Machtvakuum der gelähmten Regierung fordert die Mittelklasse die Abschaffung demokratischer Entscheidungsstrukturen und eine Ermächtigung der Exekutive, die das Land von Grund auf reformieren soll.

Die Entwicklung der Rothemden verlief entgegengesetzt. Sie entstanden aus einer kleinen Gruppe Intellektueller, die sich 2006 gegen den Putsch wendeten. Mit Thaksin, dessen autoritärer Regierungsstil noch frisch in Erinnerung war, verband sie wenig. Doch die Erfahrung, dass die Putschistenregierung noch undemokratischer vorging als Thaksin selbst, führte diese AktivistInnen und die Thaksin-Partei als strategische Partner zusammen. Je offensichtlicher die Gelbhemden das Militär und die Gerichte zur autoritären Machtausübung nutzten, desto mehr traten Thaksin als

Person und sein Parteiapparat in den Hintergrund, und desto deutlicher entwickelte sich der Bewegungscharakter der Roten.

In den Provinzen entstanden Politikschulen und Nachbarschaftskreise, in denen über Konzepte von Demokratie diskutiert wurde. Lokale selbstverwaltete Radiosender wurden zu Kristallisationspunkten eines politischen Gegendiskurses. Diese Entwicklung fand ihren Höhepunkt in den Protesten von 2010, als die Rothemden nach der gerichtlichen Auflösung der Thaksin-Partei mit einer einzigen Forderung – der nach Neuwahlen – mehrwöchige Massenproteste organisierten. Auch damals wurden Straßenblockaden aufgebaut. Das Militär ging jedoch mit schwerem Gerät gegen die Roten vor und tötete bei der Niederschlagung der Proteste über 90 Menschen.

Enttäuschte Hoffnung auf Demokratie

Dieser traumatische Vorfall ist die Grundlage des überwältigenden Wahlsiegs von Yingluck 2011. Hier artikulierte sich die Abneigung gegen die autoritäre und zeitweise gewalttätige Machtausübung der konservativ-royalistischen Eliten.

Yingluck hat die Hoffnung auf eine demokratischere Regierung jedoch nicht erfüllt. Ein Beispiel ist das Amnestiegesetz: Mit einem Federstrich versprach es nicht nur den DemokratieaktivistInnen Straffreiheit, sondern auch den Todesschützen von 2010. Das war nicht nur ein Schlag in das Gesicht der roten BewegungsaktivistInnen. Die Art, wie das Gesetz durchs Parlament gepeitscht wurde, war weit entfernt von demokratischen Vorgehensweisen. Ein weiteres Beispiel sind die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit der EU. HIV-Gruppen und KleinbäuerInnen sehen wegen der strengeren Patentschutzregelungen und Investitionsschutzklauseln eine Gefahr für den Zugang zu Medikamenten und die Ernährungssouveränität. Als diese sozialen Bewegungen im Februar und September letzten Jahres erste Demonstrationen gegen das Abkommen organisierten, ließ Yingluck kurzerhand die Verfassung ändern und strich Artikel 190, der verlangt, dass internationale Verträge schon während der Verhandlungen dem Parlament vorgelegt werden müssen. Ebenfalls eine massive Einschränkung demokratischer Prinzipien.

Die Gelbhemden, die kurz darauf begannen, gegen Yingluck zu mobilisieren, haben es jedoch versäumt, sich in diesem Sinne inhaltlich mit der Regierungspolitik auseinanderzusetzen. Sie haben stattdessen auf persönliche Diffamierung der Regierungschefin, auf eine Dämonisierung der Thaksin-Familie gesetzt. Anstatt politische Auseinandersetzungen zu suchen und alternative Konzepte zur Vergangenheitsbewältigung und zur Handelspolitik vorzulegen, fordern sie eine Entmündigung der WählerInnen und steuern in Richtung einer faschistischen Umgestaltung des politischen Systems.

Vor diesem Hintergrund erscheint Yingluck als Verteidigerin der Demokratie. Von zwei sehr schlechten Alternativen ist sie nur die relativ bessere. Ob aus Überzeugung oder nicht – zurzeit ist sie aber die einzige demokratische Alternative.

von Wolfram Schaffar
aus analyse & kritik 591

Update zu "Kalter Putsch der Gelbhemden"

Seit der Text „Kalter Putsch der Gelbhemden" erschienen ist, hat sich in Thailand einiges getan. Wir versuchen hier kurz die Ereignisse seitdem zusammen zu fassen.

Als Yingluck Shinawatra im August 2013 ein Amnestiegesetz auf den Weg brachte, das ihrem Bruder die Rückkehr aus Dubai ermöglicht hätte, kam es zu Massendemonstrationen der Gelbhemden, wegen denen die Regierung am 21. Januar 2014 in Bangkok und in drei Provinzen den Ausnahmezustand ausrief.

Am 2. Februar 2014 fanden in Thailand haben Parlamentswahlen statt, Gelbhemden verhinderten in dutzenden Wahlbezirken die Stimmabgabe. Nach Behördenangaben konnte in 45 von 375 Wahlbezirken landesweit nicht gewählt werden, weil Demonstranten die Wahllokale blockierten. Vor allem im Süden des Landes hinderten Demonstranten die Postämter an der Ausgabe von Stimmzetteln und Wahlurnen, wie Wahlleiter Puchong Nutrawong berichtete. Allein in Bangkok konnten 437 von 6673 Wahllokalen nicht öffnen.

Die thailändische Regierung hob am 18. März 2014 den im Januar ausgerufenen Ausnahmezustand auf. Sie begründete dies mit der verbesserten Sicherheitslage und dem Wunsch, den Tourismus wieder anzukurbeln. Am 21. März 2014 erklärte das Verfassungsgericht des Landes die Parlamentswahlen vom Februar für ungültig, da sie nicht landesweit am gleichen Tag stattgefunden hatten.

Am 7. Mai 2014 enthob das thailändische Verfassungsgericht Yingluck Shinawatra des Amtes. 16 Tage später putschte das Militär und sie wurde in Gewahrsam genommen, auch der Gelbhemdenführer Suthep Thaugsuban sowie der Rothemdensprecher Jatuporn Prompanbei wurden festgesetzt. Neuwahlen sollen erst Ende 2015 stattfinden.

Der jüngste Putsch ist aber mehr als eine einfache Wiederholung der letzten Putsche. Vieles deutet darauf hin, dass das Militär den Schlag gegen die Fraktion um Thaksin Shinawatra zu Ende führen will, um deren Rückkehr an die Regierungsmacht für immer auszuschließen.

So ist das Vorgehen des Militärs weitaus repressiver und härter als 2006. Das Kriegsrecht wurde verhängt, es gibt eine Ausgangssperre und ein Versammlungsverbot, überdies geht der selbsternannte „Nationale Rat für Ruhe und Ordnung" mit einer Verhaftungswelle gegen Thaksin nahestehende Politiker_innen, kritische Akademiker_innen und politische Aktivist_innen vor. Die komplette Führungsriege der Rothemden wurde verhaftet, ebenso die Gewerkschafterin Jittra Cotchadet und der Anführer einer Thaksin-kritischen Fraktion der Rothemden, Sombat Boongam-anong.

Die Militärjunta macht immer mehr Gebrauch vom Gesetz gegen Majestätsbeleidigung, was teilweise absurde Züge annimmt. Ein Student wurde verhaftet, nachdem er an einer Protestveranstaltung teilgenommen hatte, und wird nun wegen Äußerungen auf seiner Facebook-Seite festgehalten. Ein Taxifahrer, der mit einem Fahrgast über die politische Situation diskutierte, wurde von diesem wegen Majestätsbeleidigung angezeigt und verhaftet.

Ähnlich rabiat ist die Medienzensur. Facebook und Hunderte von anderen Websites wurden vorübergehend blockiert. Geheimdienstler_innen infiltrieren Chatrooms, um kritische Stimmen und Verabredungen für Proteste herauszuschnüffeln. Mehrere kritische Fernsehsender wurden geschlossen, der Rest muss sich der Zensur des Militärs beugen. Am härtesten wird aber gegen die lokalen Radiosender vorgegangen, die zum beliebtesten Medium der Rothemden geworden sind. Etliche sind geschlossen und ihre Betreiber verhaftet worden.

Wie sich die Situation weiter entwickelt ist momentan nicht absehbar - die vielen kleinen Flashmobs, die trotz des Versammlungsverbots überall stattfinden, könnten jedoch die Vorboten einer neuen Demokratiebewegung Thailands sein.

Alhambra-Redaktion

3. INTERNATIONALES

DISKUSSIONS-AKTIONS CAMP

WAR STARTS HERE
LETS STOP IT HERE

MARKIEREN!
BLOCKIEREN!
SABOTIEREN!

17.8. - 25.8. 2014
GÜZ - ALTMARK - MAGDEBURG

WER LEBT MIT WEM?

wanum? und wie?

15.-20. AUGUST 2014

GASTWERKEN IN ESCHERODE (BEI KASSEL)
INFOS: WLMW.BLOGSPORT.DE

♥ to Block

KEIN NAZIAUFMARSCH IN BAD NENNDORF

GEMEINSAM ★ ENTSCHLOSSEN ★ MASSENHAFT

2. AUGUST 2014

INFOS: BADNENNDORF-BLOCKIEREN.MOBI

Juli 2014

Fr.	4.7.	21:00	Fat Hoschi Konzert: Contorture
Mo.	7.7.	20:00	Buchvorstellung und Diskussion: Rebellion in Chinas Fabriken
Fr.	11.7.	22:00	Summer BalkanPartysani Vol.3
Sa.	12.7.	22:00	Mash Up Di Place
Fr.	18.7.	20:00	Worlds Collide – Metal Meeting 2
Sa.	19.7.	22:00	MÄNNERfabrik
Fr.	25.7.	22:00	Die Disco – Musik der Alhambra-Freitags-Disco aus den ersten Jahren
Sa.	26.7.	23:00	Rosa Disco

August 2014

Fr.	22.8.	20:00	Kill the plastic smile II
Sa.	23.8.	20:00	Kill the plastic smile II
Sa.	30.8.	23:00	Rosa Disco

Wöchentlich:

Mo.	20:30	Antifa-Café
Di.	20:00	Subklub
Mi.	20:00	Theatergruppe
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenInterTrans*-Kneipe
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
2. Fr.	20:30	Alhambra-Nutzer_innenplenum

Infoladen roter strumpf:

Montags	17-19 h
Dienstags	16-19 h
Donnerstags	18-21 h